Dienstag, den 13. Dezember 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang — Nr. 291

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Das Dreischichtensystem marschiert.

Die Antwort des Reichsarbeitsministers an die Schwerindustrie.

Im Konflikt der Großeisenindustrie ist am Montag die Entscheidung des Reichs-Arbeitsministers über die Arbeitszeitfrage gefallen. Auf die Eingabe der Großeisenindustriellen zur Verordnung über die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie vom 16. Juli 1927 hat der Reichsarbeitsminister am 12. Dezember wie folgt geantwortet:

Nach eingehender Prüfung der vorgebrachten Bedenken gegen das Inkrafttreten der Verordnung am 1. Januar 1928 bin ich nicht in der Lage, dem Antrage auf eine Hinausschiebung des Inkrafttretens für die Gesamtheit der durch die Verordnung betroffenen Werke zu entsprechen. Es muß vielmehr bei der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 sein Bewenden haben.

Ich habe zunächst die von Ihnen betonten Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungswesens nachprüfen lassen und auf Grund der Berichte der Landesämter für Arbeitsvermittlung festgestellt, daß die Arbeiterschwierigkeiten überwindbar sein werden. . . . .

Ungleich ernster als die auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungsmarktes liegenden Schwierigkeiten sind die Gründe allgemein-wirtschaftlicher Art, die in Ihrer Eingabe geltend gemacht werden. Aber auch diese können nicht zu einem allgemeinen Aufschub des Inkrafttretens der Verordnung führen.

Insbesondere sehe ich keinen Anlaß, bei den Thomasstahlwerken und den ausschließlich oder zu einem erheblichen Teil von ihnen gespeisten Walzenstraßen, soweit sie die Erzeugnisse der Thomaswerke in einer Hitze weiterverarbeiten, von der Durchführung der Verordnug zum 1. Januar 1928 abzusehen. Ein Ausbau dieser Werke ist mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand möglich und könnte bei rechtzeitiger Inangriffnahme am 1. Januar 1928 im wesentlichen beendet sein. Den genannten Werken wird die Einführung des Dreischichtensystems an Stelle des Zweischichtensystems dadurch wesentlich erleichtert werden, als es nach der Bundesratsverordnung, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetrieb nunmehr zulässig sein wird, die sonntägliche Betriebsruhe auf 12 Stunden zu beschränken. Inwieweit in diesen Werken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und ohne Ueberschreitung des notwendigen Ausmaßes von der Sonntagsarbeit tatsächlich Gebrauch zu machen sein wird, muß den Tarif- und Schlichtungsverhandlungen überlassen bleiben.

Ebensowenig wie bei den Thomaswerken und den zu ihnen gehörigen warmeinsetzende Walzenstraßen kann bei den kaltinsetzenden Walzenstraßen, gleichviel, ob sie aus Thomas- oder Martinstahlwerken gespeist werden, sowie den Hammer- und Preßwerken eine Hinausschiebung der Verordnung in Betracht kommen, zumal bei dem gegenwärtigen Stande der Technik der jetzige Umfang der Erzeugung sich in der Regel auch bei achtstündiger Arbeitszeit aufrechterhalten lassen wird, wenn unter Anwendung der in der Arbeitszeitverordnung vorgesehenen Möglichkeiten zweischichtig gearbeitet wird.

Anders liegen die Verhältnisse bei denjenigen Werken, die zu einer grundlegenden Betriebsumstellung durch Umbau ihrer Martinöfen, Elektro- oder Tiegelstahlöfen schreiten müssen, für die größere Kostenaufwendungen und längere Bauzeiten erforderlich sind. Ich bin gern bereit, für diese Stahlwerke und die von ihnen in einer Hitze gespeisten Walzwerke, soweit sie nicht wegen gleichzeitiger Belieferung durch die Thomaswerke diesen zuzurechnen sind, einen Aufschub in dem unbedingt erforderlichen Maß zu bewilligen. Ich setze dabei voraus, daß die Aenderungsarbeiten bereits in Angriff genommen oder doch so weit vorbereitet sind, daß sie spätestens am 1. Februar 1928 aufgenommen sein werden, und daß ihre Vollendung mit allen Kräften betrieben wird, um sie, wenn irgend möglich, noch vor dem Beginn der sommerlichen Hitze des Jahres 1928 zu erreichen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden angewiesen werden, die Inangriffnahme und den Fortgang der Umstellungsarbeiten zu überwachen. Keinesfalls könnte ein Aufschub über das Jahr 1928 hinaus in Frage kommen.

Betriebe, die von dieser Annahme Gebrauch machen wollen, haben ihre Anträge unter eingehender Darlegung der Verhältnisse alsbald dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt einzureichen. Dabei ist insbesondere auch anzugeben, in welchem Umfang ein Umbau geplant ist, ob die Umbauten bereits begonnen sind oder, falls dies noch nicht der Fall ist, zu welchem Zeitpunkt die Inangriffnahme erfolgen wird, welche Produktionssteigerung und im Zusammenhang damit welche Ersparung von Arbeitern aus dem Umbau zu erwarten ist und bis zu welchem Zeitpunkt der Umbau bei äußerster Beschleunigung durchgeführt sein wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden die Anträge nach Prüfung und Begutachtung durch Vermittelung ihrer Landesregierungen dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung zuleiten.

Hiernach wird mit einer größeren Anzahl von Anträgen insbesondere für die Martinstahlwerke zu rechnen sein. Da ich auf eine eingehende Prüfung der Verhältnisse in jedem Einzelfall Wert lege, wird die Entscheidung kaum so rechtzeitig erfolgen können, daß ihre Durchführung vom 1. Januar 1928 an den Betrieben zugemutet werden kann. Ich sehe mich daher genötigt, für diejenigen Martin-Elektro- und Tiegelstahlwerke einschließlich der zugehörenden Walzwerke für die bis zum 31. Dezember 1927 Anträge auf Hinausschiebung des Inkrafttretens bei den Gewerbeaufsichtsbeamten eingegangen sind, schon jetzt einen Aufschub von einem Monat zu bewilligen. Ob und in welchem Umfang dieser Aufschub über den 31. Januar 1928 hinaus verlängert werden muß, wird dann in der Entscheidung über die einzelnen Anträge festgestellt werden.

Dieser Bescheid verschafft den Parteien und dem Schlichter die nötige Klarheit über den am 1. Januar 1928 eintretenden Rechtszustand und ermöglicht damit die schnelle Beendigung des anhängigen Schlichtungsverfahrens."

* * *

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers bedeutet zweifellos einen gewissen grundsätzlichen Erfolg der Gewerkschaften. Es ist so gekommen, wie wir bereits vor einigen Tagen andeuteten: Der Reichsarbeitsminister blieb bei seiner Verordnung und hat nur für bestimmte Betriebe einen Aufschub für das Inkrafttreten der Verordnung bewilligt. Binnen Jahresfrist muß das Dreischichtensystem überall durchgeführt sein, in der Hauptsache bereits bis zum Beginn der sommerlichen Hitze. Soweit man auf den ersten Blick die Zahl der jetzt unter die Verordnung fallenden Hüttenarbeiter abschätzen kann, dürfte ungefähr rund die Hälfte sofort für die Umstellung in Frage kommen. Der Vorstoß der Schwerindustrie, die ja von einer sofortigen Durchführung der Verordnung überhaupt nichts wissen wollte, ist abgeschlagen. Damit ist natürlich noch nicht der Kampf in der Großeisenindustrie beendet. Jetzt gilt es, bei den Schlichtungsverhandlungen auf der Basis der Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage den Hüttenarbeitern auch einen menschenwürdigen Lohn zu sichern und den Anschlag auf Wirtschaft, Volk und Staat, den sich die Eisenkönige mit der Stillegungsandrohung erlaubt haben, abzuwehren. In diesem Kampfe muß das Reichsarbeitsministerium, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, an die Seite der Arbeiterschaft treten. Die Arbeiterschaft ist es, die bei der Kraftprobe mit den Eisenkönigen mit ihrer Sache zugleich die Sache des Staates verficht.

* * *

Der „Vorwärts" schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe zu der Entscheidung des Reichsarbeitsministers in dem Konflikt innerhalb der Schwerindustrie:

„Für die Schlichtungsverhandlungen enthält die Antwort eine prinzipielle Entscheidung: Achtstundentag in der Schwerindustrie. Auf dieser Basis werden die Gewerkschaften weiterkämpfen.

Die große politische Auseinandersetzung, die durch das Ultimatum der Unternehmer heraufbeschworen worden ist, ist mit dieser Entscheidung des Arbeitsministeriums auf das nächste Jahr, das Wahljahr 1928, vertagt worden. Die politische Entscheidung wird bei der Reichstagswahl fallen."

25 Millionen für die Aermsten.

Beschluß der Reichsregierung auf sozialdmokratischen Druck.

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Funkbericht.)

Die Reichsregierung hat am Montag beschlossen, einen einmaligen Betrag von etwa 25 Millionen Mark für eine einmalige Weihnachtsgabe an die Invaliden und Sozialrentner, Bergpensionäre und Krisenfürsorge-Berechtigte zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem die sozialdemokratische Fraktion im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages entsprechende Anträge gestellt hatte.

Das preußische Besoldungsgesetz

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages hat die Beratung des Preußischen Besoldungsgesetzes abgeschlossen. Die Beschlußfassung im Plenum Anfang dieser Woche wird an den Ergebnissen aller Voraussicht nach nichts mehr ändern.

An der Vorlage sind in einigen Beziehungen Aenderungen durch die Ausschußbeschlüsse herbeigeführt worden. In grundsätzlichen Fragen waren Abweichungen von den Beschlüssen im Reiche bei den engen Zusammenhängen der Beamten- und Verwaltungsverhältnisse im Reich und in den Ländern nicht möglich, während in Einzelpunkten die Preußische Besoldungsordnung von der des Reiches in Zukunft abweichen wird.

Der Ausschuß hat in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Kommunalbeamtenschaft dem Gesetz einen § 40a eingefügt, durch den die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, die Beamtenbesoldung den Grundsätzen des Preußischen Besoldungsgesetzes entsprechend zu regeln. Die Aufsichtsbehörden können in Fällen erheblicher Verletzung dieser Bestimmung einschreiten, die Entscheidung erfolgt in Fällen des Widerspruchs durch den Kreisausschuß für Beamte der Landgemeinden, sonst durch den Bezirksausschuß. Damit ist eine erhebliche Benachteiligung der Kommunalbeamten gegenüber den Staatsbeamten ebenso wie eine übermäßige Bevorzugung auch in Zukunft ausgeschlossen.

Ein Wohnungsgeld wollte die Vorlage den Inhabern von Dienstwohnungen nicht mehr zuerkennen. Das müßte als eine Benachteiligung derjenigen Dienstwohnungsinhaber angesehen werden, die eine Wohnung von einem unter dem Antrag des Wohnungsgeldes liegenden Wert inne haben. Der Ausschuß hat an der bisherigen Regelung festgehalten; danach ist der Wert der Dienstwohnung unter Mitwirkung der örtlichen Beamtenvertretung festzustellen und auf seine Bezüge bis zur Höhe des Wohnungsgeldzuschusses anzurechnen. Dadurch ist eine gerechtere Regelung für den einzelnen gesichert; allerdings macht das eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für den Staat aus. Dagegen hat der Ausschuß daran festgehalten, daß den ledigen Beamten — als solche gelten nicht verwitwete und geschiedene Beamte — wegen des bei ihnen angenommenen geringeren Wohnungsaufwandes der Wohnungsgeldzuschuß der nächst niedrigen Tarifklasse auszuzahlen ist. Sie erhalten also weniger Wohnungsgeld, als die verheirateten Beamten derselben Gruppen. Der Hauptausschuß des Reichstags hat beschlossen, diese Kürzung nur bei ledigen Beamten unter 45 Jahren vorzunehmen. Der Hauptausschuß des Landtags weicht nach der anderen Seite hin von dem des Reichstags dadurch ab, daß er die Kinderbeihilfen für die kinderreichen Familien erhöht hat. Nach den preußischen Beschlüssen werden für das erste und zweite Kind je 20 Mark, für das dritte und vierte Kind je 25 Mark, für das fünfte und jedes weitere Kind je 30 Mark monatlich bezahlt, während der Reichstagsausschuß an einem allgemeinen Satz von 20 Mark für jedes Kind festgehalten hat.

In der Behandlung der Ledigen und der kinderreichen Familien hat also die preußische Regierungskoalition mehr das soziale Prinzip betont, von dem bei der Beamtenbesoldung auch in der gegenwärtigen Zeit zu Gunsten des Leistungsprinzips noch nicht völlig abgewichen werden kann. Hinzu trat die Erwägung, daß vor allem untere Beamte kinderreich und die Kinderbeihilfe ja überhaupt im Gegensatz zu der starken Differenzierung der Gehälter ausgleichend wirkt, da sie von oben bis unten jedem Beamten in gleichmäßiger Höhe gewährt wird.

Beim Besoldungsdienstalter sind im Gesetz Verbesserungen für die schwerkriegsbeschädigten Beamten bestimmt worden. Für die Einreihung in das Dienstalter sind die Ueberleitungsbestimmungen bei den einzelnen Besoldungsgruppen maßgebend, jedoch ist allgemein vorgesehen, daß die Verkürzungen des Besoldungsdienstalters vier Jahre (die Vorlage bestimmte acht) nicht übersteigen dürfen und daß auf jeden Fall der Beamte spätestens zwei Jahre vor der Erreichung der Altersgrenze das Endgrundgehalt erhalten muß.

In der Besoldungsordnung selbst hat sich die Sozialdemokratie bemüht, im Hauptausschuß Verbesserungen für die unteren Gruppen zu erzielen. Es ist ihr gelungen, die Gestütwärter aus der untersten Gruppe heraus nach oben zu bringen, so daß diese nur noch eine ganz geringe Anzahl von Beamten enthält. Eine in erster Lesung erreichte Verbesserung der Besoldung der Justizwachtmeister hat sich infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und des Finanzministeriums nicht durchsetzen lassen, jedoch ist es gelungen, durch Verbesserungen in der Anrechnung des Besoldungsdienstalters den Nachteil für diese schwierige Dienstbefugnisse ausübende Beamtengruppe etwas auszugleichen. Auch ist die Zulage für die Justizoberwachtmeister und die Amtsgehilfen mit Botenmeistergeschäften erhöht worden. Für die Polizeioberwachtmeister sind

Verbesserungen erreicht worden, die ihr Anfangsgehalt gegenüber der Vorlage um 60 Mark, ihr Endgehalt um 80 Mark heben. Für die noch nicht zu Obermachtmeistern beförderten, dafür aber geeigneten Polizeiwachtmeister mit mehr als sieben Dienstjahren ist durch einen Entschließungsantrag sichergestellt, daß sie im Wege des Härteausgleichs, soweit sie verheiratet sind, oder Familienangehörige zu unterstützen haben, oder sonst besondere Umstände vorliegen, das Anfangsgehalt der Obermachtmeister erhalten. Bei den mittleren Beamten sind für die Sekretäre, die im Verhältnis zur Vorkriegszeit recht ungünstig abschneiden, kleine Verbesserungen durchgesetzt und ferner Aufstufungen einiger technischer Beamtengruppen erfolgt. Auch die Amtmänner als Spitzengruppe der mittleren Beamten sind entgegen der ursprünglichen Absicht der Vorlage aufrechterhalten geblieben.

Die mannigfachen Veränderungen der Vorlage und der Einstufungen haben nicht unerhebliche finanzielle Auswirkungen zur Folge gehabt. Sie werden sich auf etwa 12 Millionen Mark schätzen lassen; das fällt um so schwerer ins Gewicht, als die Reichsregierung bekanntlich irgend welche Zuschüsse an die Länder für den erhöhten Besoldungsaufwand zu leisten abgelehnt hat. Der Hauptausschuß des Landtags war daher in die Notwendigkeit versetzt, die Mehrkosten wenigstens zum großen Teil durch Kürzungen wieder einzuholen. Bei den Lehrern ist die vermehrte Schaffung von Beförderungsstellen für die städtischen Klassenlehrer durch Herabsetzung der Bezüge der Konrektoren an den Volks- und Mittelschulen und durch Einschiebung einer Spanne von fünf Jahren Dienstzeit bis zur Gewährung von Zulagen für die Landlehrer ausgeglichen worden. Im übrigen haben die Regierungsparteien des Preußischen Landtags die Gehälter der höheren Beamten in der Anwärterzeit und in den ersten 15 Dienstjahren um rund 400 Mark jährlich gekürzt. Hierin liegt eine erhebliche Abweichung von der Reichsregelung, falls sich nicht der Reichstag in letzter Minute entschließen sollte, diesem Beschluß Preußens zu folgen. Die Sozialdemokratie hat sich bei ihrem Eintreten für eine solche Kürzung nicht nur von den Notwendigkeiten der finanziellen Deckung leiten lassen, sondern hat von vornherein die Gehaltsspanne zwischen den oberen und anderen Beamten als zu groß angesehen. Sie ist der Auffassung, daß durch die von ihr erreichte Besserstellung eines Teils der unteren Beamten und die Herabsetzung der Gehälter der oberen Beamten das Gesetz einen stärker betonten sozialen Gehalt bekommen hat. Die gesamte Beamtenschaft aber hat vor allem deswegen Grund zur Dankbarkeit gegen die Sozialdemokratie, weil an ihrer festen Haltung im Reichstag und Landtag die Absicht des Reichskabinetts, die Erhöhungen auf 75 Prozent herabzusetzen, gescheitert sind. Die Regierung des Genossen Braun, die dem Drängen der Reichsregierung nach Verhandlungen darüber ein entschiedenes „Nein" entgegengesetzt hat, hat die Durchführung wenigstens der in der Vorlage vorgesehenen Erhöhungen der Gehälter im Reich und Preußen gesichert.

—e—.

Der Kampf um die Lohnsteuersenkung.

Die ungenügende Vorlage der Reichsregierung.

Die Sitzung wurde um 15 Uhr vom Präsidenten **Löbe** eröffnet.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes, wonach die Lohnsteuer gesenkt werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärt, daß die Vorlage bestimmt sei, die Lex Brüning auszuführen, wonach die Lohnsteuer zu senken sei, wenn der Ertrag in einem Jahre 1200 Millionen übersteige. Das sei jetzt eingetreten. Die Regierung schlage nicht eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages vor, wie die Sozialdemokratie es will, sondern eine Ermäßigung des Steuersatzes von 10 auf 9 Prozent. Die Regierung wünsche außerdem eine Erhöhung der Familienermäßigungen. Bei den veranlagten Steuerpflichtigen soll der Eingangssatz von 10 auf 9½ Prozent gesenkt werden. Der Reichsrat habe die Vorlage durch die Streichung der Herabsetzung des Lohnsteuerbetrages von 10 auf 9 Prozent abgelehnt. Das sei außerordentlich zu bedauern. Die Reichsregierung halte demgegenüber an ihrer Vorlage fest, zumal die Länder mit der Ausführung der Lex Brüning hätten rechnen müssen.

Dr. Hertz (Soz.)

kritisiert die späte Vorlage der Regierungsentwürfe, die im Reichsrat in drei Tagen durchgepeitscht wurde und nun auch im Reichstage in wenigen Tagen erledigt werden soll. Für alle Schwierigkeiten, die daraus entstehen, trage die Regierung die alleinige Verantwortung. Diese Durchpeitscherei der Vorlage sei auf die zahlreichen Gegner innerhalb der Regierungsparteien zurückzuführen. Ihnen sei die Schonung der großen Einkommen und Vermögen wichtiger als die Schonung der Arbeitseinkommen.

Die Voraussetzungen der Lex Brüning seien erfüllt, da die Lohnsteuer von April bis September 1927 rund 640 Millionen eingebracht habe. Die Regierung wolle ihrer gesetzlichen Verpflichtung aber nur insoweit nachkommen wie es ihr paßt, sie gebe deshalb der Lex Brüning eine Auslegung, die mit ihrem tatsächlichen Inhalt im schärfsten Widerspruch steht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es sei nicht wahr, daß die Lex Brüning als Folge des Mißverhältnisses zwischen den Erträgen der Lohnsteuer bezw. und der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer entstanden sei. Sie habe nur den Zweck, die Lohnsteuerzahler dagegen zu schützen, daß die Lohnsteuer mehr als 1200 Millionen Mark im Jahr erbringt. Statt der Erhöhung des lohnsteuerfreien Betrages schlage die Regierung aber eine geringfügige Senkung des Steuersatzes vor. Sie wolle außerdem statt 1200 Millionen 1300 Millionen herausholen. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung bringe also keine Erfüllung der Lex Brüning. Noch ungenügender sei der Vorschlag des Reichsrats. Sein Vorbehalt vom Jahre 1925 sei bedeutungslos. Vorbehalte des Reichsrats gegenüber Gesetzen, die der Reichstag beschlossen habe, gebe es nicht. Es gebe nur einen Einspruch, den aber habe der Reichsrat nicht eingelegt. Die Länder ließen sich bei ihrer Gegnerschaft zur Lex Brüning von sehr engherzigen, rein fiskalischen Erwägungen leiten. Sie seien Gegner einer sozialen Gestaltung der Steuerlast der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der zwangsweisen Senkung der Realsteuern habe sie dagegen viel schwächeren Widerstand entgegengesetzt. Die Länder hätten bei der Lohnsteuer nur einen Anspruch auf Beteiligung von 1200 Millionen. Die unvorhergesehenen Mehrerträge der Lohnsteuer gehörten ihnen also nicht. Wenn sie sie dennoch beschlagnahmen wollen, so zeige das die große Gefahr, die der Partikularismus für jede soziale Politik bedeute.

Man müsse auch die Lohnsteuer im Zusammenhang mit der gesamten Massenbelastung betrachten. Während die Besitzbelastung gesunken sei, sei die Massenbelastung trotz Abbaues der Umsatzsteuer noch ebenso hoch wie früher. Der sozialdemokratische Antrag auf gleichmäßige Erhöhung des Existenzminimums um 40 Mark monatlich für jeden Lohnsteuerpflichtigen begrenze also den Ertrag der Lohnsteuer auf 1200 Millionen, mache die erhöhte Belastung rückgängig und sei ein Ausgleich für das Steigen der Massenbelastung.

Der Regierungsvorschlag sei dagegen gänzlich ungenügend. Er behaupte, es ständen nur 160—170 Millionen für die Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung. Das ist falsch, weil die Lex Brüning nicht 1300, sondern nur 1200 Millionen verlangt. Außerdem sei die Aufkommensberechnung der Regierung völlig willkürlich. Sie enthalte drei große Fehlerquellen und sei so leichtfertig aufgestellt, daß man zu dem Eindruck komme, als ob diese Fehler nicht zufällig entstanden, sondern bewußt in die Berechnung hineingebracht worden sind. Bei Ausschaltung dieser Fehler komme man zu dem Ergebnis,

daß bereits jetzt 400 Millionen zur Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung stehen.

Dieser Betrag erhöhe sich wahrscheinlich auf etwa 600 Millionen, wenn man die Lohnentwicklung des Jahres 1928 günstig beurteilt. Schon in der Vergangenheit habe sich ergeben, daß eine Steigerung der Löhne um acht Prozent zu einer Steigerung des Ertrages der Lohnsteuer von 21 Prozent geführt habe.

Die Regierung sei erfüllt von dem Geist der Mißachtung gegenüber den Lohnsteuerzahlern. Verständnis habe sie nur für die reichen Leute. Denen wolle sie gleichzeitig 41 Millionen Vermögenssteuer schenken. **Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler vertrete heute die entgegengesetzten Anschauungen als der Landesfinanzminister Dr. Köhler im Jahre 1925.** Den Absichten des Reichsfinanzministers stehe die Sozialdemokratie deshalb im schärfsten Mißtrauen gegenüber und leiste ihnen Widerstand. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Gerecke** (Dnat.): Die Finanzlage der Länder und Gemeinden würde wesentlich erschüttert werden, wenn die Lohnsteuer im Sinne des sozialdemokratischen Entwurfs gekürzt würde. Die Folge müßte sonst eine Erhöhung der Realsteuern sein.

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) macht dem Reichsfinanzministerium den Vorwurf, daß es durch sein Verhalten die rechtzeitige Erledigung der Lex Brüning unnötig erschwert habe. Die Darstellung des Ministers von der Entstehung der Lex Brüning sei durchaus falsch. Das Gesetz verlange ausdrücklich, daß der Lohnsteuerertrag nicht über 1200 Millionen steigen dürfe. Diese Grundbestimmung des Gesetzes komme die neue Regierungsvorlage nicht nach. **Besonders erbitternd müsse es auf die Dauer aus schlechtbezahlten Arbeiterschichten wirken, wenn der Reichsrat sage, die Erhöhung der Beamtengehälter mache eine wesentliche Senkung der Lohnsteuer unmöglich.**

Abg. **Schulz** (Komm.) erklärt, es sei nicht der erste Fall, daß die Regierung und die Parteien der besitzenden Klassen bestehende Gesetze und Verfassungsbestimmungen einfach beiseite schoben, wenn sie ihnen nicht passen.

Der Gesetzentwurf geht dann an den Steuerausschuß. Es folgt die erste Beratung der Entwürfe eines

Spiritusmonopolgesetzes

und eines Einführungsgesetzes zum Spiritusmonopolgesetz.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler leitet die Beratung dieser Vorlage mit kurzen Ausführungen ein. Der Entwurf der Regierung halte an dem Grundgedanken der bisherigen Branntweinsteuergesetzgebung fest, die jetzt bestehenden Schwierigkeiten sollen durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen behoben werden.

Abg. Eggerstedt (Soz.):

Seit der Abfassung dieses Gesetzentwurfes vor einem Jahr hat sich der Absatz der Branntweinmonopolverwaltung zwar etwas gehoben, aber die allgemeinen Verhältnisse haben sich keineswegs günstiger gestaltet. Das liegt vor allem an der Organisation der Verwaltung. Es handelt sich hier lediglich um ein Betriebsmonopol, das an dem privaten Charakter der Erzeugung nichts ändert. Außerordentlich groß ist die Zahl der Brennereien, mehr als 30 000, von denen die Monopolverwaltung den Branntwein bezieht. Die große Zahl der kleinen Betriebe begünstigt die vielen Steuerhinterziehungen. 1924/25 sind gegen 8000 Beteiligte Strafverfahren eingeleitet worden, die verhängten Strafen haben 15 Millionen Mark eingebracht. Wahrscheinlich war aber die Steuerhinterziehung wesentlich höher. In England, wo man diese Zersplitterung nicht kennt, sind die Einnahmen aus dem Branntwein neunmal so hoch, als bei uns, dafür ist aber die Zuckersteuer wesentlich niedriger. Das neue Gesetz will durch verschiedene Maßnahmen der Schwarzbrennerei und dem Alkoholschmuggel begegnen. Aber es ist nicht zu erwarten, daß die dabei bestehenden Mängel behoben werden. Die Festsetzung der Brennrechte und der Uebernahmepreise, wie der ganze Geschäftsbetrieb ist bisher vom Beirat bestimmt worden, dessen objektive Einstellung wir sehr zu bezweifeln hatten. Die Mehrheit des Beirats bestand aus Interessenten. Die Interessentengruppen haben das Monopol bisher für sich ausgenützt; der dadurch dem Reich erwachsene Schaden ist von der Verwaltung selbst auf 100 Millionen Mark berechnet worden. Die Vorlage ändert an dem bisherigen Zustand nichts.

Eine bessere Rentabilität wird das Monopol nur dann erzielen, wenn der Branntwein dort erzeugt wird, wo das am billigsten ist, das heißt in den Großbrennereien. Nun sagt man, die Landwirtschaft brauche die Schlempe, daher könne man die landwirtschaftlichen Brennereien nicht aufheben. Dabei muß die Monopolverwaltung an diese Betriebe einen Uebernahmepreis zahlen, der weit über Weltmarktpreis liegt, und daraus ergibt sich die Verlustquelle für das Monopol. 81 Mark ist der Selbstkostenpreis, zu 30 Mark muß der Branntwein für gewerbliche Zwecke abgesetzt werden.

Wie lange soll das Reich diese Verluste noch tragen?

Wenn wir die Verhältnisse bessern wollen, dann müssen wir die Verwaltungsorganisationen ändern und die Uebernahmepreise erhöhen. Wir wollen der Landwirtschaft helfen, aber nicht durch persönliche Bereicherung von Leuten, die es nicht nötig haben (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dietrich, Baden (Dem.) wendet sich gegen die Behauptung, als ob die kleinen Brenner in Süddeutschland die meisten Schwarzbrennereien begangen hätten.

Der Entwurf wird dem Steuerausschuß überwiesen. — Das Haus setzt dann die Beratung des Berichts über die Entschädigungen an die Ruhrindustriellen fort.

Abg. Rosenbaum (Komm.) begründet einen kommunistischen Antrag, wonach der Reichskanzler Marx wegen Verletzung des Etatsrechts des Reichstages vor den Staatsgerichtshof gestellt werden solle.

Nach dieser Rede beantragt Abg. Müller-Franken (Soz.) die Vertagung der Sitzung. Beim Hammelsprung bleiben die Sozialdemokraten und die Demokraten außerhalb des Hauses, so daß nur 162 Stimmen abgegeben werden. Das Haus ist beschlußunfähig. Vizepräsident Dr. Riesser beruft die nächste Sitzung ein für Dienstag. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Besoldungsordnung.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

7] (Nachdruck verboten.)

Bunny folgte ihm, kam sich verantwortungsvoll und wichtig vor, denn Vater konnte noch nicht kommen, mußte erst das Auto in die Garage bringen. Bunny betrat die Halle und blickte sich nach Vaters „Nachtschnüffler" um. Da saß er ja auch schon in einem großen Lederfauteuil, eine Zigarre im Mund, die Augen auf die Tür gerichtet. Bunny erblickend, erhob er sich, streckte den langen, hageren Körper, verzog das magere, häßliche Gesicht zu einem Grinsen des Willkommens. Der Knabe, hoch aufgerichtet, erfüllt von dem Bewußtsein, daß er J. Arnold junior und der Vertreter seines Vaters in einer wichtigen Angelegenheit sei, schüttelte dem Mann die Hand: „Guten Abend, Herr Stutt. Sind die Verträge aufgesetzt?"

2. Kapitel.

Die Pacht.

I.

Das Haus trug die Nummer 5748; es befand sich auf dem Los Robles Boulevard. Wer diesen hoffnungsvollen Landstrich genau kannte, wußte, daß der Boulevard einstweilen noch ein Kohlfeld war. Los Robles bedeutet „die Eichen", und dort, wo der Boulevard seinen Anfang nahm, etwa drei Meilen vom Hotel entfernt, mitten in Beach City, standen tatsächlich vier Eichen. Hier draußen jedoch waren „die Eichen" ein fahler, gepflügter Hügelabhang, mit Kohl bebaut und am unteren Rande mit Zuckerrüben. Das Auge der Hoffnung, unterstützt von den Berechnungen der Ingenieure, hatte beschlossen, daß sich hier eines Tages Boulevards erstrecken sollten, weshalb ragten an jeder Ecke der lehmigen Straße Tafeln empor: „Palomitas Avenue", „Los Robles Boulevard", „El Centro Avenue" usw.

Schon vor zwei Jahren waren hier die Bodenspekulanten eingetroffen, mit ihren kleinen roten und gelben Fähnen. Die Zeitungen hatten große Annoncen gebracht, unentgeltliche Autofahrten durch Beach City und Freiessen waren veranstaltet worden. Damals wurde auf den Feldern der Kohl ausgerissen, kleine Grundstücke trugen die Tafel „Verkauft". Eigentlich bezog sich diese Mitteilung auf das Grundstück, doch kam die Zeit, da sie weit mehr auf den Käufer paßte. Die Gesellschaft sollte Bürgersteige bauen, für Wasser, Gas und Kanalisation sorgen, aber irgend jemand ging mit dem Gelde durch, das Unternehmen wurde bankrott, und nach einiger Zeit erschienen neue Tafeln und Plakate: „Zu verkaufen, näheres beim Besitzer", oder „Spottbillig! Auskunft bei Smith & Headmution, Bodenmakler". Als diese Tafeln keinen Erfolg brachten, seufzten die Besitzer und trösteten sich mit dem Gedanken, daß der Boden eines Tages dem kleinen Willy etwas einbringen werde. Inzwischen gingen sie auf das Angebot der japanischen Gärtner ein, ihnen den Boden für ein Drittel der Ernte zu überlassen.

Vor vier Monaten jedoch hatte sich etwas Unerwartetes ereignet. Ein Mann, der auf dem Gipfel des Hügels ein bis zwei Acres Land besaß, ließ zwei Lastautos die Anhöhe heraufkeuchen, beladen mit großen viereckigen Fichtenbalken. Zimmerleute hatten zu arbeiten begonnen, die Nachbarschaft hatte staunend zugesehen, sich gefragt, was für ein seltsames Haus dies wohl würde. Und dann hatte sich plötzlich wie eine Explosion die aufregende Nachricht verbreitet: ein Bohrturm!

Eine Deputation suchte den Besitzer auf, um Erkundigungen einzuziehen. Er versicherte, das Ganze sei ein Ausfluß seiner übermütigen Laune, er besitze hunderttausend Dollar, mit denen er sich belustigen wolle, und das sei seine Idee einer Belustigung. Nichtsdestoweniger wurden die Tafeln auf den Bauplätzen durch andere ersetzt: „Petroleumgrundstück zu verkaufen". Spekulanten begannen die Namen und Adressen der Baugrundbesitzer auszukundschaften, Angebote wurden gemacht, Gerüchte behaupteten, daß einige das Doppelte von dem verlangten, was der Boden ursprünglich gekostet hatte. Ueber die Landstraße ratterten Autos, an Sonnabend- und Sonntagnachmittagen staunten Neugierige den Bohrturm an.

Das Bohren begann, eintönig, ereignislos. Die Lokalzeitung brachte das Ergebnis: Der J. S. Culver-Feld Nr. 1 sei auf 1478 Fuß Tiefe erbohrt, harter Sandstein, keine Spur von Petroleum. Das gleiche wurde berichtet, als bis zu 2000 und 3000 Fuß Tiefe gebohrt war. Das Interesse der Leute erlosch, anscheinend handelte es sich ja doch nur um ein „trockenes Loch". Jene, die sich geweigert hatten, zu verkaufen, verfluchten ihre Dummheit. Das Ganze war ohnehin eine wilde Spekulation, nicht vergleichbar mit soliden Grundstücksgeschäften. Dann berichtete die Zeitung, Culver Nr. 1 bohre abermals; nun war bereits eine Tiefe von 3059 Fuß erreicht worden, aber die Besitzer hatten die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben.

Und dann ereignete sich etwas Seltsames: Lastautos kamen, schwer beladen, sorgsam mit Zeltleinwand verdeckt. Alle, die etwas mit dem Unternehmen zu tun hatten, waren gewarnt oder bestochen worden, den Mund zu halten, aber einige kleine Jungen spähten unter die Zeltleinwand, während die Wagen mit keuchendem Motor bergan fuhren, und erzählten, daß sie große gebogene Metallplatten gesehen hätten, mit Schraubenlöchern an den Rändern.

Die Bedeutung dieser Feststellung war offensichtlich: Nr. 1 war zum Petroleumsand durchgedrungen!

Auf dem ganzen Hügel blühten überall Plakattafeln auf, die Bodenmakler kamen auf das „Feld" geschwärmt. Das war nun das Zauberwort, — nicht mehr das Kohlfeld oder Zuckerrübenfeld, sondern das Feld! Spekulanten schlugen ihre Zelte auf oder machten ihre Geschäfte in Automobilen, die längs der Straße standen und mit Zeltleinwand bespannt waren. Der ganzen Tag herrschte ein reges Kommen und Gehen, große Mengen sammelten sich an, um den Bohrturm zu betrachten, dem eintönigen Knarren des Bohrers zu lauschen, der sich den ganzen langen Tag unentwegt drehte: „Ump-um, Ump-um, Ump-um!" Dazwischen tönte das Schnaufen der Maschine. „Gasser raus!" verkündete ein Zettel. Herr Dr. H. Culver und seine Vorarbeiter hatten plötzlich auf gute Manieren verzichtet.

Dann aber kam der Tag, da die Sache unmöglich länger geheim gehalten werden konnte. Die ganze Welt, buchstäblich die ganze Welt, wußte es, denn Telegraphendrähte und Kabel trugen die Botschaft in die fernsten Winkel der zivilisierten Welt. Der Petroleumfund von Prospekt Hill war der größte, den die Geschichte von Südkalifornien kannte. Das Innere der Erde schien aus dem Loch zu schießen, brüllend und tobend wie der Niagara. Eine schwarze Säule stieg in die Luft, zweihundert, dreihundertfünfzig Fuß hoch, niemand konnte genau die Höhe angeben, und stürzte donnernd zur Erde zurück, eine Masse dicker, schwarzer, schlammiger, schlüpfriger Flüssigkeit. Sie schleuderte Werkzeuge und schwere Geräte hierhin und dorthin, sodaß die Menschen fliehen mußten, um ihr Leben zu retten, sie füllte das Bassin, überflutete es und strömte den Hügel hinab. Vom Winde getragen, erhob sich ein Vorhang aus schwarzen Nebeln, berieselte das Heim der Culvers, jagte die Frauen über die Kohlfelder. Später wurde mit homerischem Gelächter erzählt, wie diese Frauen über ihre durch diese Millionen-Dollarflut von „schwarzem Golde" ruinierten Kleider und Vorhänge gejammert hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Prozeß gegen die Stahlhelmmörder.

Der erste Verhandlungstag im Arensdorfer Mordprozeß.

Frankfurt a. O., 12. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. O. wird seit Montag der Prozeß gegen die beiden Stahlhelmleute Schmelzer — Vater und Sohn — verhandelt, die an dem Ueberfall auf das Reichsbanner in Arensdorf beteiligt waren. Der 28jährige Sohn August Schmelzer ist jetzt wegen doppelten Totschlags und wegen versuchten Totschlags angeklagt, der Vater Paul Schmelzer wegen Anstiftung zu diesen Verbrechen und außerdem wegen unbefugten Waffenbesitzes. Die Verhandlung findet unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rothe statt. Vom Justizministerium ist Ober-Justizrat Hermann zur Beobachtung entsandt. Es sind rund 70 Zeugen und Sachverständige geladen, so daß mit einer vollen Woche Verhandlungszeit gerechnet wird.

Am 25. und 26. Juni sollte in Frankfurt a. O. ein Gautreffen des Reichsbanners sein. Zu diesem hatte auch der Ortsverein Erkner auf einem Lastauto seine Mannschaft entsandt. Als der Wagen das Dorf Arensdorf im Kreise Lebus passierte, wurde der begleitende Radfahrer Klemowicz von zwei jungen Leuten in Werwolf-Uniform, von denen der eine auch noch eine rote Armbinde mit Hakenkreuz trug, angehalten, vom Rade gerissen und mißhandelt. Um ihn zu befreien, stiegen von dem Reichsbanner-Auto einige Leute ab. Der Führer der Kolonne stellt durch Befragen von Ortseinwohnern den Namen des Schlägers fest und forderte dann seine Kameraden auf, das Auto wieder zur Weiterfahrt zu besteigen. Inzwischen waren einige jüngere Reichsbannerleute weiter in das Dorf hineingestürmt, um den Hauptschläger einzuholen. Dabei stellte sich ihnen eine Reihe von Arensdorfer Bewohnern darunter auch die beiden Schmelzer, entgegen, und es kam zu Reibereien. Der Vater Schmelzer holte von seinem Gehöft eine Heugabel, während der Sohn auf Betreiben seiner Mutter ins Haus eilte und dort einen von der Militärzeit mitgebrachten Säbel holte und damit auf die jugendlichen Reichsbannerleute einschlug. Der 17jährige Reichsbannermann Balling aus Erkner erhielt von ihm rücklings auf den Kopf einen Säbelhieb, während ein anderer junger Reichsbannerkamerad ihm zu Hilfe sprang und Schmelzer den Säbel zu entwinden suchte. Dabei zerschnitt er sich die Finger. Der junge Schmelzer geriet angeblich infolge seiner Aufregung in weitere Wut, eilte nach Hause, suchte das von seinem Vater versteckt gehaltene Jagdgewehr in einem Schrank, der in dem oberen Stockwerk des Hauses stand, brach den Schrank auf, entnahm ihm das Gewehr und suchte nun erst in anderen Gelassen die dazu gehörige Munition zusammen. Dann eilte er wieder auf die Straße zurück, hinter den davongehenden und zu ihrem Auto eilenden Reichsbannerleuten her. Eine Reihe von Arensdorfer Bewohnern versuchte ihn am Schießen zu verhindern, andere dagegen riefen ihm ermunternd zu: „August, schieß doch!" oder „August, ran mit der Flinte!"

Nun wird von der Anklage behauptet, daß einer dieser Rufer der Vater gewesen sei, der sich dadurch unmittelbar der Anstiftung zu der Bluttat schuldig gemacht hatte. Der Vater bestreitet selbstverständlich, diesen Ruf getan zu haben, aber er gibt zu, nichts unternommen zu haben, um den angeblich wütenden und unberechenbaren Sohn von seinen Absichten abzuhalten. Tatsächlich schoß der Bursche viermal in die Reichsbannerkolonne hinein, und zwar mit schweren Rehposten. Der eine Reichsbannermann Tietze wurde sofort so schwer getroffen, daß er noch am gleichen Tage verstarb, während ein anderer, Wollank, nach einigen Wochen an den Folgen der Verletzung zugrunde ging. Sechs andere Reichsbannerleute sind mehr oder weniger schwer verletzt worden; die Geschosse sind ihnen zum großen Teil wieder aus dem Körper entfernt worden und liegen dem Gericht vor. Diese Verletzten hatten Schadenersatzanspruch gegen die beiden Schmelzer gestellt im Wege der Zivilklage. Außerdem sind sie bei diesem Strafverfahren als Nebenkläger zugelassen und werden durch Rechtsanwalt Juliusberger-Berlin und Falkenfeld-Frankfurt a. O. vertreten.

Die Verteidigung der beiden Angeklagten geht darauf hinaus, den jungen Schmelzer als einen Geisteskranken erscheinen zu lassen. Alsbald nach dem Vorfall wurde durch die Stahlhelmpresse die Meldung lanciert, daß dieser junge Mensch schon einmal eine Art „Jagdschein" auf Grund des Paragraph 51 erhalten habe und zweifellos geistesgestört sei. Nun macht der Bursche vor Gericht zwar einen etwas einfachen Eindruck, aber mit jenem Maß von Verschlagenheit, das man vielfach als Bauernschlauheit zu bezeichnen pflegt. In seinen Ausführungen vor Gericht ist er verhältnismäßig klar und macht durchaus nicht den Eindruck, als ob er irgend eine geistige Schwäche sein eigen nennen könnte. Er ist bald nach der Inhaftnahme nach den ersten Vernehmungen in Landesirrenanstalt in Sorau zur Untersuchung und Beobachtung überwiesen worden. Vor einiger Zeit wurde er von dieser wieder entlassen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß man einen Kassiber bei ihm fand, den er an seine Eltern schicken wollte, und **in dem er dringend bat, gewisse Aussagen zu machen, die nicht im Widerspruch zu den seinen ständen. Sie sollten z. B. nicht verraten, daß der Schrank, aus dem er das Gewehr nahm, verschlossen gewesen sei. Er habe gesagt, daß der Schieber nicht vorgeschoben gewesen sei, als er das Gewehr suchte.** Dieses Kassiber wird auf Antrag des Vertreters der Nebenkläger dem Gericht zur Kenntnis gebracht. Aus ihm geht zweifellos hervor, daß der junge Schmelzer das Gegenteil eines geistig Irren ist, aber daß er trotzdem auf ein Gutachten nach Paragraph 51 spekulierte. Er teilte gleichzeitig seinen Eltern mit, daß der Arzt ihm wahrscheinlich ein Gutachten ausstellen werde, auf Grund dessen er freikommen würde. Durch die Verlesung des Kassibers wird allerdings dieses Spiel, auf den Paragraph 51 hinzuarbeiten, durchkreuzt. Unter dem Eindruck der Verlesung dieses Schreibens muß der Vater Schmelzer sich vielfach in Gegensatz zu den Aussagen seines Sohnes setzen und die Pläne, die dabei gespielt haben, zerreißen. Der Vater bestreitet selbstverständlich von sich aus jede Schuld, gibt aber zu, mit der Heugabel auf die waffenlosen Reichsbannerleute losgegangen zu sein, angeblich in der Vermutung, daß diese sonst einen der jungen Werwolfleute totschlagen würden.

Die sämtlichen Reichsbannerzeugen sind am Montag vernommen worden, während in den nächsten Tagen sogenannte Entlastungszeugen aus Arensdorf vernommen werden sollen. Sämtliche beteiligten Reichsbannerleute werden in allen Einzelheiten in Kreuz- und Querfragen nach dem Tatbestand gefragt. Der Vertreter der Schmelzer, der bekannte völkische Rechtsanwalt Bloch aus Berlin, sucht wiederholt die Reichsbannerleute in Widersprüche nach der Richtung hin zu verwickeln, daß er sie selbst als Schläger und Angreifer erscheinen läßt. Er kommt dabei jedoch nicht zu seinem Ziel; denn es ist ganz offenkundig, daß die Angreifer auf der Seite der Stahlhelmer aus Arensdorf waren. Mehrfach beantragten die Vertreter der Nebenkläger den bekannten Gutsbesitzer und Stahlhelmführer von Alvensleben aus Arensdorf zu laden, damit in die wirklichen Zusammenhänge geleuchtet werden könne. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß der alte Schmelzer bald nach der Nachricht von dem Tode der von seinem Sohn Verletzten an einer Versammlung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung teilgenommen habe, in dieser zum Ehrenmitglied der völkischen Freiheitsbewegung ernannt worden sei, während er kein Wort des Bedauerns für die Opfer und die Angehörigen der Opfer übrig hatte.

Am Schlusse der Montagsitzung beantragte Rechtsanwalt Juliusburger, den Angeklagten Vater Schmelzer in Untersuchungshaft zu nehmen, um weitere Kollisions- und Verdunkelungsgefahren abzuwehren. **Schmelzer habe in Arensdorf tatsächlich eine Reihe von Zeugen zu seinen Gunsten zu beeinflussen gesucht.** Er hätte, wie heute festgestellt worden ist, auch mit seinem in Haft befindlichen Sohne in Kassiberverkehr gestanden, und es bestehe die Gefahr, daß diese gegenseitige Verständigung und die Beeinflussung der Zeugen in diesen Frankfurter Tagen noch weiter um sich greift. Ueberraschenderweise erklärte sich Oberstaatsanwalt Dr. Rothe aus Frankfurt a. O. gegen diesen Antrag mit der noch überraschenderen Begründung, daß er die Angaben des Vaters Schmelzer für glaubwürdig halte, wenigstens so weit sie in seiner heutigen Aussage in Frage kommen. Das Gericht folgte dem Oberstaatsanwalt und lehnte tatsächlich die Verhaftung ab mit der Begründung, daß jetzt doch nichts mehr zu verdunkeln sei und es im übrigen eine Forderung der modernen Strafrechtspflege sei, die Untersuchungshaft nicht unnötig zu verhängen.

Sozialistische Regierung in Braunschweig.

Beschluß

der braunschweigischen Landtags-Fraktion der SPD.

Braunschweig, 12. Dezember (Eigener Drahtbericht). Die Sozialdemokratische Fraktion des Braunschweiger Landtages hat am Montag zur Regierungsbildung Stellung genommen und beschlossen, alle drei Regierungsmitglieder aus den eigenen Reihen zu stellen. Eine andere Fraktion wird infolgedessen nicht an der Regierungsbildung beteiligt werden.

Es bleibt nun den Kommunisten, die in den letzten Tagen in ihrer Presse und ebenso in einem Schreiben an den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei die Unterstützung einer rein sozialistischen Regierung zugesichert haben, überlassen, diese Regierung zu unterstützen. Vorgeschlagen werden als Minister die Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Jasper, Steinbrecher und Sievers.

Der Landtag wird am Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. In dieser Sitzung wird das bisherige Ministerium seine Aemter zur Verfügung stellen. Die Wahl der Minister wird am Mittwoch erfolgen.

Angst vor dem Reichstag.

Die Scheu des Bürgerblocks vor Kritik.

Jede öffentliche Kritik an den Maßnahmen des Bürgerblocks ist den Regierungsparteien ein Dorn im Auge. Sie fürchten sich von Tag zu Tag mehr vor ihren eigenen Maßnahmen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sie bestrebt sind, den Reichstag bei jeder Gelegenheit auszuschalten. Vor allem sind es die Deutschnationalen, die unter dem Eindruck ihrer fortgesetzten katastrophalen Wahlniederlagen ständig auf eine derartige Ausschaltung bedacht sind. Erst am Montag haben sie im Aeltestenausschuß wieder den Versuch gemacht, den Reichstag noch in dieser Woche nach Hause zu schicken und mit der Etatsberatung erst im Januar zu beginnen. Das Zentrum assistierte eifrigst, während die Deutsche Volkspartei sozusagen neutral spielte, um nicht nach außen einen ebenso kläglichen Eindruck zu erwecken wie ihre Koalitionsfreunde. Das Ende vom Lied war, **daß eine Verständigung über die Vertagung des Reichstages und den Beginn der Etatsberatung nicht erzielt wurde.** Es wird deshalb letzten Endes nichts anderes übrig bleiben, als daß das Plenum des Reichstages jetzt selbst eine Entscheidung herbeiführt.

Dieser Scheu vor der öffentlichen Kritik wird sich die Sozialdemokratie entschieden entgegensetzen. Aber selbst wenn die Regierungsparteien unter dem Mißbrauch des Rechts der Mehrheit den Reichstag wiederum auf Wochen ausschalten sollten, wird ihnen das nicht viel nützen. Die große Abrechnung kommt letzten Endes doch, und je mehr sich die Regierungsparteien dagegen sträuben, desto besser wird der Ausfall der Wahlen für die Opposition sein.

Neue Kämpfe in Mexiko.

Mexiko-City, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Nähe von Ranchonuevo im mexikanischen Staat Jalisco erfolgte neuerdings wieder ein ernsthafter Zusammenstoß zwischen dem Bundesmilitär und einer 600 Mann starken Rebellenbande. Die Aufständische schweren Verlusten — sie büßten 100 Tote ein — z

Am Sonntag wurde der Vorsitzende de schaftsbundes von Mexiko-Stadt zu bürgermeister von Mexiko-City gewählt.

her 1927

Die Genfer Tagung beendet.

Die Entscheidung in den Reststragen.

Genf, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht). Der Rat bundsrat befaßte sich am Montag in seiner Schlußsitzung u. a. mit dem Streit zwischen Danzig und Polen die Westerplatte. Da die juristischen Sachverständigen von Polen bestrittene Recht der freien Stadt Danzig auf Westerplatte ihr Souveränitätsrecht auszuüben im vollen Umfange bestätigt haben, wurde der freien Stadt Danzig und Polen anempfohlen, unter Mitwirkung des Völkerbundskommissars über die Anwendung dieses Souveränitätsrechts direkte Verhandlungen zu führen.

am des er, nd r- d

In der anschließend behandelten deutsch-griechischen Streitfrage über den Panzerkreuzer „Salamis" verständigte man sich dahin, eine endgültige Entscheidung durch das deutsch-griechische Schiedsgericht herbeizuführen.

Abreise der deutschen Delegation.

Die deutsche Delegation ist, wie uns auf Genf gemeldet wird, am Montag abend von Genf abgereist und wird am Dienstag nachmittag in Berlin eintreffen. Vor seiner Abreise hatte der Reichsaußenminister noch eine längere Besprechung mit Chamberlain und eine kürzere Unterredung mit Zaleski. Die Erörterungen bezogen sich speziell auf Fragen, die zwischen Deutschland und den Ländern der beiden genannten Minister noch schweben.

Neuer Umsturz in Kanton.

Kanton in den Händen der Kommunisten.

London, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die im Laufe des Montag über China hier eingelaufenen Nachrichten berichten über einen kommunistischen Handstreich in Kanton. Das „Rote Bauern- und Soldatenkorps", eine aus 5000 Mitgliedern bestehende Organisation, soll, unterstützt von einem Teil der regulären nationalen Armee, die zu den Kommunisten übergegangen sind, sich fest im Besitz der Stadt Kanton befinden. Die Revolutionären haben angeblich gleichzeitig eine Proklamation erlassen, in der es heißt, die vereinigten Streitkräfte der Bauern und Arbeiter hätten endgültig von der Stadt Besitz ergriffen. Die Mehrzahl der an dem Handstreich beteiligten Personen seien aktive Soldaten der Nationalarmee.

Kanton ist — wie weiter gemeldet wird — mit Plakaten überschwemmt, in denen General Li Tschai Sun, der bisherige Kommandeur von Kanton, Tschiang Kai Tschek, der am Sonnabend neuerlich zum Oberkommandierenden der Nationalarmee ernannt worden war und eine Reihe anderer Generale und Politiker der Kuomintang als Verräter an China bezeichnet werden und die chinesische Nationalpartei Kuomintang selbst ein Feind der Revolution genannt wird. Lediglich die roten Bauern und Soldaten seien in der Lage, die Massen zu beschützen.

* * *

Die britische Regierung hat dem Parlament am Montag eine Nachtragsforderung von drei Millionen Pfund Sterling für die Chinatruppen überreicht.

Hongkong, 13. Dezember. Eine drahtlose Meldung aus Kanton von gestern besagt, daß die Ausländer die äußeren Bezirke räumen und sich nach Hongkong zurückziehen. Die Kommunisten haben nach wie vor die Lage in der Hand. Die Schießereien und die Feuersbrünste in der Stadt dauern an. Bisher ist es zu keinen fremdenfeindlichen Kundgebungen gekommen. Die Regierung hat ein nach dem Muster der Sowjets gebildeter Volksrat übernommen, in dem außer einem bekannten Führer der Seemanns-Union an hervorragender Stelle der vormalige Erste Sekretär Borodins als Kriegskommissar sitzt.

Seid stolz, Volkswacht-Leser zu sein!

Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

Sonder-Angebot!

Rasierapparat nebst 10 prima Rasierklingen RM. 1,50 oder Rasierapparat in Nickeletuis nebst 10 prima R.-Klingen RM. 2,— versendet streng reell franko-Nachnahme

Joh. Müller
Köln-Nippes, Kretzerstrasse 12. Postscheckkonto Köln 100928.

Druckerei Volkswacht
liefert moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Für Klischees
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Syrup für Weihnachtsgebäck unübertroffen!

...glich als Brotaufstrich für Kinder und Kranke, da nahrhaft und leicht verdaulich

Die ½ kg-Dose 55 Rpf., die 1 kg-Dose 1 RM.

KARO-PUDDING

250 Gramm »Karo«, 100 Gramm Butter, 2–3 Eier, 175 Gramm Weizenmehl, knapp ¼ Liter Milch, 3 Eßlöffel Zucker, 1 Teelöffel Natron, ½ Teelöffel Zimt, Schale einer Zitrone. — Die Butter wird sahnig gerührt und die Eidotter und Zucker hinzugegeben. Sobald dieses glatt gerührt ist, gibt man auch die Gewürze, den leicht erwärmten »Karo«, Milch und Mehl, sowie das Natron hinzu. Zuletzt wird der Eierschnee unter die Masse gezogen und dann in eine gefettete Auflaufform getan und ¾ Stunde in der Bratröhre gebacken. Zu dem warmen Pudding reicht man nach Belieben geschmortes Obst oder einen Vanillebeiguß.

Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G., Hamburg 15.

Sparen bei der

BANK DER ARBEITER
ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, A.-G.
— Filiale Breslau —
Breslau 1, Margaretenstraße 17
Postscheckkonto: Breslau, Nr 414

Bank der freien Gewerkschaften

Spareinlagen werden z. Zt. wie folgt verzinst:

Einlagen mit täglicher Kündigung	5% p. a.
Einlagen mit monatlicher Kündigung	6½% p. a.
Einlagen mit vierteljährlicher Kündigung	7% p. a.

Kassenstunden 8½ bis 13 Uhr und 15½ bis 18 Uhr
Mittwochs und Sonnabends 8½ bis 13 Uhr

Zu Weihnachten empfehlen wir als **billiges** und **nützliches** Geschenk unsere **Sparbücher** von RM. 1.00 an und unsere

Heimsparbüchsen

6641

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Kapital und Einlagen zirka 80 Millionen Reichsmark

Kinderkleid guter Samtvelours in praktischen Farben, m. Paspeln u. Zierknöpfen. Eigenes Fabrikat. Länge 45 cm . **2.75** Jede weiteren 5 cm 50 Pfg. mehr.

Schulkleid moderne Kleiderschotten in neuer Verarbeitung. Eigenes Fabrikat. Länge 55 cm . **3.90** Jede weiteren 5 cm 60 Pfg. mehr.

Mädchenkleid guter Waschkordsamt, blau oder grün, mit Ueberkrag. u. Zierknöpf. Eigenes Fabrikat. Länge 50 cm . **7.25** Jede weiteren 5 cm 1.25 Mk. mehr.

Mädchenkleid wie Abbild. reinwollener Composé in aparter Verarbeitung u. modernen Farben. Eigenes Fabrikat. Länge 60 cm . **11.25** Jede weiteren 5 cm 1.75 Mk. mehr.

Kittelkleid guter Lammfellstoff, weiß, rosa oder hellblau, mit abstechendem Kragen und Seidenschnur. Länge 50 cm 3.60, Länge 45 cm **3.20**

Einknöpf-Anzug guter Waschkordsamt oder reinwollener Popelin in modernen Farben . . . . . Für 1-2 Jahr **6.85** Jede weitere Größe 1.50 Mk. mehr.

Echt Kieler-Anzug gutes dunkelblaues Tuch mit doppelt. Kragengarnitur Größe 0 für 2-3 Jahre **9.25** Jede weitere Größe 1.50 Mk. mehr.

Kinder-Mantel mit passender Mütze, guter Flausch in gangbar. Farben und moderner Verarbeitung . . . Länge 45 cm **4.90** Jede weiteren 5 cm 30 Pfg. mehr.

Mädchen-Strickweste gute Zephirwolle in modern. Farben m. gemust. Vorderteil. Für 2-3 Jahr **4.75** Jede weitere Größe 1.— Mk. mehr.

Mädchen-Lumberjack gute Zephirwolle in bunt. Jacquardmustern, modern. Farb. Für 2-3 Jahr **5.25** Jede weitere Größe 1.25 Mk. mehr.

Strickkleid (Pullover u. Rock) beste Zephirwolle in neuen Farben, mit meliertem Rock. Für 2-3 Jahr **7.25** Jede weitere Größe 1.50 Mk. mehr.

Knaben-Sweater reine Kammgarnwolle in mod. Farb. m. abstech. bunt. Rändern. Größe 1 **3.50** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Knabenweste plattiert. Kammgarnwolle in prakt. Farb. Halsfrei od. geschloss. zu trag. Gr. 2 **4.20** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Knaben-Pullover reine Wolle in bunt. Jacquardmust. Halsfrei oder geschlossen zu tragen. Gr. 1 **6.75** Jede weitere Größe 90 Pf. mehr.

Reichillustr. Weihnachts-Preisliste auf Verlangen kostenlos.

LEINENHAUS Bielschowsky
MIKOLAI-STR. **BRESLAU** ECKE HERREN-STR.

Stadttheater
Dienstag 19.30 bis 22.45 8. Ab.-Vorst. Serie F „Figaros Hochzeit"
Mittwoch 15.30 bis geg. 17.30 Jugendvorstell. zu ermäßigten Preisen „Hänsel u. Gretel"
20 bis 22: 8 Ab.-Vorst. Serie G „Die verstellte Einfalt"
Donnerstag 20 bis 22.30: „Mesa Lita"

Schauspielhaus. Operettenbühne. 14545
Tel. Stephan 35300.
Täglich 20 Uhr: „Eine Frau von Format"
Sonntag 15½ Uhr: „Gräfin Mariza"

Nur bis **22. Dez.** Tägl. 8 Uhr
Wie einst im Mai
Musik von W. Kollo.
20 Revue-Bilder 30 Girls
Circus Schau Arena
Gut geheizt
Kundenkarten bis 22 Dezember gültig.

Leihweise elegante 9935
Frack- u. Rock-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Oberbett, 2 Kissen
mit rotem Inlett 490
für 24.00 Mk. zu verkaufen
Freiburger Str. 5, hp links

Liebich-Theater
Täglich 20 Uhr: Daydima-Revue u. d. große Dez.-Prog.

Direkt aus der Fabrik
vom Faß
Jamaika-Rum
Verschnitt
per Liter
2.90, 3.50, 4.00, 5.00 u. 6.00
in Originalflaschen
2.50, 3.00, 4.00, 5.00 u. 6.00
einschl. Flasche
14407

Lobe-Theater
Tel.: Ring 6774
Täglich 20 Uhr: „Schinderhannes"
Schauspiel von Carl Zuckmayer.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6709
Täglich 20 Uhr: „Anatol" v. Arthur Schnitzler.
14543

Nur bis **23. Dez.** Täglich 8¼ Uhr
Exotische Nächte
Opium-Laster
Danse Brutale
Danse nue (nackt)
sind die **neuen** Bilder in der neuen Revue schöner Welt
Welt steht Kopf 25 Revue-Attr.
Victoria Theater Ufer

Herzberg & Co.
Hätchenstraße 48 | Leuthenstraße 10
Blücherplatz 17-18 | Klosterstraße 64
Michaelistraße 3

Becker & Bühme
beraten in elektrischer Licht- und Lichtanlagen.
Spezialität: Moderne Büro- und Ladenbeleuchtungen
Universitätsplatz 7 [14561] Telefon Ohle 319

Sprech-Apparate und Schallplatten
sämtlicher führenden Fabrikate
in größter Auswahl
bei niedrigsten Preisen
kauft man nur bei der bekannten und
14558 renommierten Firma

Ring 54 Carl Sackur Ring 54

Inserate gelten in der „Volkswacht" den größten Erfolg.

Buchhandlung Volkswacht Moderner Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Für die Redaktion verantwortlich: Erich Zimmer; für die Anzeigen: Max Todas. — Redaktion: Fränckelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Dezember.

Das Stadtamt für Leibesübungen.

Nur ganz wenige können es sein, die noch nichts vom Breslauer Stadtamt für Leibesübungen gehört haben, viele aber sind es, die nicht wissen, welchen Umfang gerade diese Behörde in den letzten Jahren genommen hat. Und doch muß das jetzt allgemein bestehende große Interesse für jede Art von Sport und gesundheitsfördernder Leibesübung auch dieser Seite der Stadtverwaltung starke Aufmerksamkeit zuwenden. Es möchte scheinen, als ob die Begeisterung der breiten Masse für Sport und körperliche Ertüchtigung einen frischen Luftzug hineinwehen ließ in so manche nüchterne, trockene Amtsräume, als ob sie viele der würdigen Ratsherren angesteckt und jung und leibesfroh gemacht hat. Die vielen Spießer und lebensfremden Aktenmenschen, denen alles Neue eine Gefahr und Ruhestörung bedeutet, wagten nicht, gegen den allgemeinen Strom zu schwimmen. Wir haben jetzt in Breslau eine Behörde, die neben ihren anderen Sorgen der hohen Aufgabe einer Kulturstadt sich fleißig hingibt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Leibesübungen zu fördern, die gesundheitlichen und sittlichen Werte der neuen Bewegung im Wohle der Stadtbevölkerung zu gewinnen. Frisch weiter auf diesem Wege! lautet der Wunsch und Wille aller gesund und modern denkenden Menschen. Das hierfür ausgegebene Geld ist jedenfalls besser verwendet als das viele Geld, das für die zahlreichen neuen Kirchen der letzten Zeit ausgegeben wurde, die die Woche hindurch leer stehen und Sonntags spärlichen Besuch zeigen. Man denke doch nur an die traurige Tatsache, daß Breslau nach der amtlichen Statistik unter allen Großstädten Preußens die erbarmungswürdigsten Wohnverhältnisse und hauptsächlich die höchste Säuglingssterblichkeit und die meisten Tuberkulosefälle aufweist. Darum müßte Breslau die Stadt sein, die das tüchtigste und tätigste „Stadtamt für Leibesübungen" hat. Nun, was nicht ist, kann noch werden, und auch hier sagen wir: Das ist der Wunsch und Wille aller gesund und modern denkenden Breslauer.

Der Anfang jedenfalls ist gemacht. Breslau war eine der ersten Städte, die, um hier recht erfolgreich arbeiten zu können, eine besondere amtliche Stelle schuf, die zuständig ist für alle Fragen der körperlichen Ertüchtigung der Jugend vor allem, aber auch der gesamten Bevölkerung. Sie trägt den Titel „Stadtamt für Leibesübungen" und wurde durch Verfügung von Oberbürgermeister Dr. Wagner am 29. August 1924 ins Leben gerufen. Die Amtsräume befinden sich zurzeit An der Elisabethkirche 3/4.

Die Aufgabe dieser behördlichen Stelle — ganz allgemein ausgedrückt — ist Hebung und Stärkung der Volksgesundheit in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung durch Leibesübungen zum Zwecke erhöhter Leistungsfähigkeit, erhöhter Lebensfülle und Lebensfreude.

Der Dezernent des Stadtamtes für Leibesübungen bildet im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister einen Sachverständigen-Beirat, mit dem die wichtigeren Fragen beraten werden. Er besteht aus dem Dezernenten als Vorsitzenden und Vertretern der Schulverwaltung, des Stadtausschusses für Jugendpflege, der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und des Arbeiter-Sportkartells Breslau. Diese Zusammensetzung von Fachleuten, die die beste Fühlung mit den Turn- und Sportvereinen besitzen, wie das Zusammenarbeiten mit den beiden genannten, allein anerkannten Spitzenverbänden hat sich gut bewährt.

Nur wenige Aufgaben seien aus dem reichen Arbeitsgebiet des genannten Stadtamtes erwähnt. Aufklärungs- und Werbearbeit, Unterstützung rühriger Vereine durch Gewährung von Beihilfen zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Sportplätze, Aufstellung von Plänen für die noch fehlenden Spiel- und Sportplätze, Schwimm- und Badeanlagen, Herbeischaffung des dazu nötigen Landbesitzes, Errichtung derselben möglichst in allen Stadtteilen, Sorge für das Stadion in Leerbeutel, Beschaffung und Verleihung von städtischen Auszeichnungen (Ehrenurkunden und deren Ehrenpreisen, wie Plaketten, Bilder usw.), Teilnahme städtischer Vertreter bei größeren Sportveranstaltungen, Veranstaltung von Straßensammlungen, Durchführung von sportärztlichen Untersuchungen für alle den beiden Spitzenverbänden angehörenden Mitglieder usw.

Wofür unsere Partei von jeher stets eingetreten ist, was sie mit allen Kräften gefördert hat, die körperliche und geistige Ertüchtigung unseres Volkes durch gesunden Sport und stärkende Leibesübung zu erreichen, dafür sehen wir jetzt auch die Stadt wirken und arbeiten — zu Nutz und Segen der Einwohner Breslaus.

Invalidenversicherung.

Die Landesversicherungsanstalt Schlesien schreibt uns: Am 1. Januar 1928 tritt in der Invalidenversicherung die durch Gesetz vom 8. April 1927 neu eingeführte VII. Lohnklasse mit einem Wochenbeitrage von 2 Mark in Kraft. Beitragsmarken in dieser Höhe sind zu verwenden für Versicherte, deren Arbeitsverdienst 36 Mark in der Woche übersteigt. Da auch in der freiwilligen Versicherung die Beitragsleistung in der dem Gesamteinkommen des Versicherten entsprechenden Höhe vorgeschrieben ist, sind Marken dieser neuen VII. Lohnklasse zu 2 Mark auch für alle freiwillig Versicherten zu verwenden, deren Einkommen mehr als 36 Mark in der Woche beträgt. Das wird regelmäßig der Fall sein bei Gehaltsempfängern wie bei selbständigen Unternehmern (Kaufleuten, Handwerkern, Landwirten usw.). Ueber die Höhe der zur Invalidenversicherung zu verwendenden Beitragsmarken gibt im übrigen die in den Schalterräumen der Postämter und Postagenturen öffentlich aushängende Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Schlesien (weißes Plakat mit gelbem Rand) jederzeit Auskunft.

Der Faschismus

ist nicht nur der blutriefende Gegner der italienischen, er ist auch der

Feind der Arbeiterklasse

der gesamten internationalen

Kein Breslauer Proletarier darf daher versäumen, die Vorkämpferin der italienischen Arbeiterschaft und ehemalige Mitarbeiterin des Renegaten Mussolini, Genossin

Angelica Balabanoff

morgen abend, 20 Uhr, in dem Zentral-Ballsaal, Weidenstraße 30, über

„Klassenkampf und Faschismus"

reden zu hören.

Reinigung der Promenadenwege.

Da die Reinigung aller Promenaden und der sonst durch die städtischen Grünanlagen führenden Wege im Winter wegen der damit verbundenen verhältnismäßig hohen Kosten nicht durchgeführt werden kann, hat die städtische Gartenverwaltung sich zu einer Beschränkung veranlaßt gesehen. Dies gilt insbesondere für die nicht gepflasterten breiten Mittelteile der inneren Stadtgrabenpromenaden. Gereinigt und gestreut werden dem Bedürfnis entsprechend bei Schnee und Glätte lediglich die Hauptverkehrswege. Die Gartenverwaltung muß daher die Haftpflicht für Unglücksfälle ablehnen, die sich etwa aus der Benutzung der anderen, nicht gereinigten Wege ergeben sollten.

Liebe Eltern und Parteigenossen im Strehlener Tor und Süden.

Vergeßt heut abend 8 Uhr nicht die Elternversammlung in der SAJ.-Baracke, in der Genossin Simmel über „Was schenken Arbeiteltern ihren Kindern?" spricht. Es ist für euch mühsam, von dem kärglichen Wochenlohn euren Kindern eine Freude durch besonderes Geschenk zu bereiten. Das Geschenk soll deshalb nicht nur Freude bringen, sondern auch nützlich, praktisch und wertvoll sein. Aus der Fülle der Spielsachen ist es schwer, das rechte für Arbeiterkinder zu finden. Deshalb alles auf in die Versammlung!

Kriegsopfer und Reichstag.

Im überfüllten großen Gewerkschaftshaussaale sprach am Montag abend auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kamerad Pfändner, Berlin über obiges Thema. Kamerad Pracetel wies einleitend darauf hin, daß Kamerad Pfändner die grundlegenden Verhandlungen über diese Gesetzesmaterie bisher geführt hat und noch weiter führt.

Die Versorgung der Kriegsopfer, so führte der Hauptredner aus, ist ein großes und schwieriges Problem zu dessen Lösung viel Geld erforderlich ist. Kann denn aber mit Geld überhaupt gut gemacht werden, was dieser Krieg an leiblicher und seelischer Not bei den Hinterbliebenen der Kriegsopfer hervorgerufen hat? 2½ Millionen Versorgungsberechtigte sind jetzt noch vorhanden. Aber kein Kriegsbeschädigter und kein Kriegerhinterbliebener kann sagen, daß seitens des Reiches genügend getan wird.

Hätte man es verstanden, rechtzeitig Kriegsschluß zu machen, das Elend wäre heute nicht halb so groß. Die jetzige Regierung und die bürgerlichen Parteien behaupten fortwährend, es sei nicht genügend Geld für die Kriegsopfer vorhanden. Die das sagen, machen die Kriegsopferfrage zur Parteisache.

Man kann diese Frage nicht losgelöst von der Gestaltung der Wirtschaftspolitik und der Steuergesetzgebung betrachten. Eine große Unterschiedlichkeit ist in unserer Sozialpolitik festzustellen, sofern man sich einmal die hohen Pensionen ansieht, die das Reich sonst zahlt. Während man die Renten so bemißt, daß sie nur knapp zum Leben ausreichen, bekommen die Generäle Pensionen, die oft 1000 Mark im Monat weit übersteigen. Im Felde, vor dem „Feinde", war der gemeine Soldat vorn, die Generäle hinten. Jetzt ist es umgekehrt: Die Generäle sind mit ihren Bezügen vorn und die andern weit hinten.

Das Großunternehmertum jammert über die „Soziallasten" und schreit nach einem „Abbau des Wohlfahrtsstaates". Die öffentlichen Fürsorgeausgaben kleidet man in die harten, kalten Worte „Soziallasten". Ja, ist denn nicht die vornehmste Pflicht des Staates, für die zu sorgen, die durch den unglückseligen Krieg zum Krüppel wurden oder sonst in bittere Not gekommen sind? Es würde um unsere Reichsfinanzen besser stehen, wenn die Besitzenden, die an den volksschädigenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen schuld sind, steuerlich schärfer erfaßt würden. Die Renten hat man um ein Weniges erhöht, aber durch unsere famose Zoll- und Wirtschaftspolitik hat man den Kriegsopfern und Hinterbliebenen vorher schon viel mehr genommen, als man ihnen gegeben hat. Der Redner behandelt sodann die Preisbildung in unserer Wohnungswirtschaft, die unerträglich hohen Mieten, während der Hausbesitz in der Inflationszeit sich schuldenfrei gemacht und gut profitiert hat. Die Mieten sind heute auf 120 Prozent der Vorkriegszeit heraufgetrieben. Alle Mündelgelder und Sparguthaben der alten Leute sind weg. Wie will man eine solche ungerechte Mietzinsbildung rechtfertigen? Die Gesetze sehen so aus wie der Reichstag aussieht. Die Reichsregierung nennt stets die großen Summen, die für die Kriegsopfer aufgewendet werden. Aber wie wenig auf den einzelnen entfällt, das sagt man nicht.

Einer scharfen Kritik wurde der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums unterzogen. Der Redner stellte fest, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Roßmann sich bisher für die Kriegsopfer und Hinterbliebenen in einer mehr als selbstlosen Weise im Reichstage eingesetzt hat. In dem Entwurf will man den Kriegsopfern 15 Millionen Mark abhandeln. Den 2800 Kriegsblinden in Deutschland hat man kleine Aufbesserungen ihrer Bezüge gewährt. Für die tuberkulös Schwerkranken hat man jedoch noch nichts getan. Die Hinterbliebenen-Familien hat man mit sage und schreibe 2 bis 6 Mark Monatserhöhungen abgespeist. Unser Bund hat ferner gefordert einheitliche Witwenrenten unter Berücksichtigung der alten und kranken Witwen. Aber auch das glaubte man ablehnen zu müssen, aus angeblichem Mangel an Mitteln. Für 26 000 Witwen also keine durchgreifende Besserstellung! Es offenbart sich darin eine große Rücksichtslosigkeit. Für ehemalige aktive Offiziere und ihre Hinterbliebenen hat man dagegen reichliche Mittel.

Empörung weckte auch die Feststellung, daß die Erhöhung der Zusatzrente für die Witwen monatlich ganze 2 Mark beträgt. Kamerad Pfändner befaßte sich noch mit der Waisen- und Elternversorgung. Der Bund fordert schon seit Jahren die Gewährung von Sterbegeld beim Tode von Kriegerwitwen und Kriegerwaisen.

Das Kapitel der Elternrente ist eins der schwierigsten in der ganzen Rentengesetzgebung. Nur 6 Prozent Erhöhung sollen die Eltern gegenüber den bisherigen Bezügen erhalten. Empfehlenswert ist auch eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Verwaltung bei den Versorgungsbehörden. 200 Millionen Mark hatte man übrig für den Bau vollkommen wertloser Kriegsschiffe. Mit

Genosse Dr. Deutsch-Wien der Führer des österreichischen Schutzbundes spricht am Freitag im Schießwerdersaal in

öffentlicher Reichsbanner-Versammlung

Theater und Musik.

Schauspielhaus.

Zum ersten Male: **„Eine Frau von Format".**
Von Rudolf Schanzer und Ernst Welisch.
Musik von Michael Krauß.

Es ist doch gut, daß es einen Balkan gibt und auf diesem Balkan kleine Monarchien, die auf satirisch gestimmte Gemüter manchmal etwas komisch wirken. Denn diese kleinen Balkanmonarchien bilden seit Jahrzehnten eine unerschöpfliche Quelle für deutsche Operettentexte. Jedes Jahr erscheint auf dem Operettenmarkt mindestens ein halbes Dutzend Operetten, die an einem dieser Höfchen spielen. Denn diese kleinen Fürstenhöfe eignen sich vortrefflich für die Verarbeitung auf unseren Operettentheatern. Sie geben nämlich Gelegenheit zu den seltsamsten Ausstattungskunststücken, und das ist doch der eigentliche Zweck einer modernen Operette. Vor allen Dingen ermöglichen sie es, den auftretenden Herren die schönsten Phantasieuniformen anzuziehen, wie sie seinerzeit der verflossene Fürst von Albanien für sich erfand (die einzig bedeutungsvolle Regierungshandlung, die er jemals getan hat) und wie sie sein jetziger, angehender Nachfolger, Herr Achmed Zogul, ebenfalls für sich und seine Leibgarde von ganzen 20 Mann erfunden hat. Außerdem sind die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse am Balkan auch heute noch so verworren und auf der anderen Seite im deutschen großen Publikum so unbekannt, daß die Textschreiber in ihren Operetten, ohne Entlarvung befürchten zu müssen, die unwahrscheinlichsten Dinge vorkommen lassen können. So zum Beispiel wie wiederum in diesem Stück. Da findet zwischen den Vertretern zweier Mächte und einem der Phantasiehöfe ein Ringen um den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Eine völlig sinnlose Sache, da ein Land nicht nur mit einem Lande einen Handelsvertrag abschließt, sondern mit jedem Lande, mit dem es in wirtschaftlichen Beziehungen steht. Wenn es sich noch wenigstens um einen Bündnisvertrag handelte, dann hätte die ganze Aktion wenigstens einen Untergrund! Im übrigen könnten wir politisch mit dem Text dieser Operette recht zufrieden sein; denn die Fürstin des Phantasiestaates wird als ein so ausgesprochener Trottel geschildert, daß dadurch im Publikum sicherlich keine Sympathien für die Monarchie erweckt werden. Man kann überhaupt beobachten, daß die Operettentextschreiber, die ja immer auf der Höhe der Situation stehen, schon seit einiger Zeit anfangen, den politischen Umwälzungen in Europa Rechnung zu tragen. Sogar republikanische Präsidenten sind heute Gegenstand der Operette. (Man vergleiche die Operette „Die Königin".) Die politische Aktualität dieses Textes wird dadurch gekennzeichnet, daß unter den Mächten auch die Sowjetregierung erwähnt wird und daß die bekannte Gesandtin der Sowjetregierung in Norwegen, Frau Kolontai, in diesem Werk in der Sondergesandtin der Türkei abkonterfeit wird, so wie sie sich der kleine Max ungefähr vorstellt. Die Aktualität wird noch dadurch vergrößert, daß diese Dame als Vertreterin der modernisierten Türkei auftritt. Ueberhaupt ist der Eintritt der Frau in die Politik eins der Hauptthemen des Abends. Freilich stellen sich diese Textfabrikanten die politische Betätigung einer modernen Frau noch ungefähr nach der Art der politischen Betätigung der Fürstenmaitressen aus der Zeit des Absolutismus vor. Sie lassen sie reine Schlafzimmerpolitik treiben. Aber genug von dem Text. Es ist ein furchtbarer Schmarren.

Besser ist die Musik Michael Krauß'. Wenn sie auch im großen und ganzen auf den ausgetretenen Pfaden der Lehar, Fall, Oskar Strauß usw. geht und nur gelegentlich modernere musikalische Ausdrucksmittel verwendet und wenn die musikalische Schreibweise auch nicht gerade sehr originell ist, so muß doch zugegeben werden, daß es sich um eine saubere, solide Arbeit handelt und daß einige der Lieder recht gefällige und sich dem Ohr einschmeichelnde Melodien enthalten. Die Musik war es denn auch wohl, die der Operette eine sehr freundliche Aufnahme bei dem Breslauer Publikum sicherte.

Leider muß nun aber gesagt werden, daß gerade in bezug auf die Ausstattung die Aufführung sehr zu wünschen übrig ließ. Die Dekorationen, die verwendet wurden, muteten teilweise an, als ob sie aus einem Theaterfundus von vor vierzig Jahren stammten. Das gilt besonders von der Baumdekoration des ersten Aktes. Sämtliche Dekorationen waren zwar sehr farbenfreudig, aber viel zu laut, aufdringlich und in ihren Farben ganz und gar nicht in sich abgestimmt. Auch die Kostümierung der Hauptpersonen war nicht immer glücklich. Zwar waren die Phantasieuniformen der Herren „fabelhaft" und die Breeches des Grafen Tököli geradezu phänomenal. Die Kostüme der Fürstin dagegen waren zum Teil völlig unmöglich, vor allen Dingen ihr Reitkleid im letzten Akt. Da sah die Fürstin mehr wie eine Zirkusreiterin aus als wie eine Dame im Reitkleid. Gespielt wurde recht ansprechend. Erfreulicherweise kann man feststellen, daß das Hauptpaar, gespielt von Günther Fischer und Anny Ahlers, über ein gutes Stimmaterial und eine sorgfältig geschulte Singweise verfügt, die man heute in Operettentheatern leider nicht mehr sehr oft findet. Ihr Spiel war temperamentvoll, ohne süßlich zu werden, eine Gefahr, die freilich bei der Rolle der türkischen Sondergesandtin nur gering ist. Das zweite Paar (gespielt von Ino Wimmer und Trude Reiter) ließ gesanglich viel zu wünschen übrig. Auch wurde man durch ihr Spiel nicht hinreichend entschädigt, wenigstens gilt das für Trude Reiter, die das freche Berliner Tauentziengirl allzu unfein spielte und dabei auch noch der nötigen Grazie entbehrte. Dagegen war das Spiel Ino Wimmers sehr amüsant, besonders am Schluß des zweiten Aktes, in der Verkleidung als türkische Sondergesandtin. Sonst ist nur noch der Berliner Tanzpalastinhaber Rudolf Kurts und der Kanzler Ernst Wendlers zu erwähnen. Die Fürstin der Hilde Lesler war wenig imponierend, allerdings ist die Rolle ja auch ganz unmöglich.

Das Orchester spielte unter Ernst Sommers Leitung frisch und klangfreudig. Das Publikum zollte der Aufführung stürmischen Beifall. Jede der sogenannten Nummern mußte wiederholt werden. lb.

Weihnachtsspiel im Lobe-Theater.

„Christkindleins Märchenwald" heißt das Weihnachtsspiel von Carl Behr, das dies Jahr im Lobe-Theater für die Kinder gegeben wird. Zwei Kinder gehen in den Märchenwald, um das Christkind zu suchen. Sie begegnen den Bremer Stadtmusikanten und anderen Märchengestalten auf ihrem Wege, und kommen zum Schluß im Himmel bei brennenden Christbäumen an. Carl Behr hat geschickt herausgefunden, was Kindern verständlich und belustigend ist. Z. B. war die Stadt der schlimmen Kinder (mit sehr gutem Bühnenbild von Harry Wilton) ein reizender Einfall, zumal da die Kinder aus dem Struwelpete. in den reizenden Kostümen (von Olga Kautzky) sofort erkannt wurden. Sehr hübsch waren die Reichsten bei Schneewittchen und der gute Weihnachtsmann, der die Pausen verkürzen half. Natürlich fehlte es nicht an rechten Stellen (das sentimentale Gebet der Kinder, der Spitzentanz des Haupt-Engels, Schneewitchens etwas hilflose Talmi-Erscheinung.) Indessen überwog bei weitem das lustige Element, das den Schauspielern selber Freude zu machen schien. Jedenfalls wurde unter Karl Hans Böhms Leitung frisch gespielt, und die Kinder waren lebhaft bei der Sache.

Stahlwaren Schlittschuhe · Rodelschlitten Küchengeräte usw. sind sehr praktische Weihnachtsgeschenke. Man kauft sie gut bei **Eisen-Brandt** Inhaber Fritz & Max Nikolaistraße Ecke Neuwelt

Recht sagte Kamerad Pfändner: Die Republik steht so aus, wie ihre Bürger sie gestalten. Sorgen wir bei den nächsten Wahlen dafür, daß eine sozialistische Mehrheit in den Reichstag einzieht, dann werden die Kriegsopfer und Hinterbliebenen auch bald zu ihrem Rechte kommen. In der darauf folgenden freien Aussprache meldete sich Kamerad Krumm als Vertreter der SPD. zum Wort. Auch er rief den Versammelten zu: Eure Sache ist unsere Sache, die SPD. wird euch nicht im Stich lassen! Tut bei den kommenden Wahlen eure Schuldigkeit und wählt nicht Leute, die euch nur mit schönen Redensarten kommen und kein Herz für euch haben!

Im Schlußwort hob Kamerad Pietel hervor, daß alle anderen Organisationen diesmal hinter dem Berge blieben und nur von unseren Erfolgen zu profitieren beliebten.

Verleumdungen gegen die Ortskrankenkasse.

Wegen Beleidigung des Verwaltungsdirektors der Allgemeinen Ortskrankasse zu Breslau hatte sich der frühere Museumsaufseher Max Kasper und der Leiter der „Tribüne", Max Gruschwitz, vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Kasper hatte in zwei Artikeln, die im Anfang des Jahres 1926 in der „Tribüne" erschienen waren, schwere Vorwürfe gegen die Aerzte der Ortskrankenkasse, aber insbesondere gegen den Verwaltungsdirektor Kirchhoff erhoben, dem er zum Vorwurf machte, daß er Unregelmäßigkeiten der Kassenärzte, insbesondere aber die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht durch die Aerzte, und zwar gegen Bestechungsgelder dulde.

Die lange Dauer des Strafprozesses erklärt sich damit, daß aus den verschiedensten Gründen die bereits angesetzten Verhandlungstermine immer wieder vertagt werden mußten. In etwa sechsstündiger Verhandlung wurde nach eingehendster Beweisaufnahme festgestellt, daß an den Vorwürfen, die Kasper gegen die Aerzte erhoben hatte, auch nicht ein wahres Wort sei. Einen ernstlichen Versuch, den gegen den Verwaltungsdirektor Kirchhoff erhobenen Vorwurf zu beweisen, hat Kasper gar nicht gemacht und das Gericht stellte in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Genossen Rechtsanwalt Sandmann, der den Verwaltungsdirektor Kirchhoff als Nebenkläger vertrat, bei der Verkündung des Urteils ausdrücklich fest, daß gegen die Leitung der Krankenkasse auch nicht der leiseste Vorwurf bewiesen sei.

Kasper wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Es wurde ihm jedoch mit Rücksicht darauf, daß er ein hochgradig nervöser und bisher unbestrafter Mann ist, Bewährungsfrist zugebilligt. Gruschwitz, der schon früher den Versuch gemacht hatte, sich der preßgesetzlichen Verantwortung durch Vergleichsvorschläge zu entziehen, hatte es vorgezogen, dem Gericht mitzuteilen, daß er sich im Auslande (!) befinde und deswegen zu der Verhandlung nicht erscheinen werde.

Sollte es Gruschwitz doch wieder einfallen, Breslau mit seiner Anwesenheit zu beglücken, so wird der langatmige Prozeß nochmals aufgerollt werden müssen.

Protestversammlung der Lotterievereine.

Am Sonntag hatte der Bund der Lotterievereine von Breslau und Umgegend in den großen Schießwerdersaal zu einer Protestversammlung eingeladen, um Abänderungsvorschläge für den gänzlich veralteten Gewinnplan der Preußischen Klassenlotterie zu besprechen. Als erster Redner gab Syndikus Meyer zunächst einen Ueberblick über die Entstehung der Klassenlotterie und schilderte die Veränderungen, die sie durch Edikt vom Jahre 1794 und durch Reichsgesetz vom 18. 5. 1810 erfahren habe. Redner befaßte sich dann mit den Mängeln, dem veralteten Prämiensystem und der großen Zahl der Freilose, die lediglich eine Gewinnchance vortäuschten. Die Zahl der tatsächlichen Gewinne ist dagegen sehr klein, die Freilose eine veraltete Lächerlichkeit.

Der Bundesvorsitzende Harmuth wandte sich gegen die hohe Besteuerung und Abzüge, die bei einer Einnahme für 750 000 Lose von 90 Millionen Mark 31 710 460 Mark betragen, so daß nur 58 289 540 Mark wieder zur Auszahlung an die Spieler gelangen. Diese 58 Millionen kämen aber so unglücklich wieder zurück, daß 48 Millionen durch Freilose gewonnen würden. Kein Mensch wolle doch aber behaupten, daß er jahrelang spiele, einmal ein Freilos zu gewinnen. Nach eingehender Rücksprache mit den 40 im Verbande angeschlossenen Lotterievereinen habe man vom Vorstande des Bundes einen neuen Gewinnplan ausgearbeitet, der Freilose ganz fallen lasse und als kleinsten Gewinn 500 Mark annehme. Man trat hierauf in Diskussion über diese Punkte und nahm schließlich folgende Protestentschließung einstimmig an:

„Die vom Bunde der Lotterievereine von Breslau und Umgegend einberufene Versammlung vom 11. Dezember ersucht die Preußische General-Lotterie-Direktion um Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Lotteriespieler und eine Abänderung des völlig veralteten Gewinnplanes nach dem nachstehenden Muster:

2	Gewinne	à 300 000	Mark	=	600 000	Mark
4	"	à 200 000	"	=	800 000	"
6	"	à 100 000	"	=	600 000	"
20	"	à 75 000	"	=	1 500 000	"
50	"	à 50 000	"	=	2 500 000	"
100	"	à 30 000	"	=	3 000 000	"
200	"	à 20 000	"	=	4 000 000	"
500	"	à 10 000	"	=	5 000 000	"
1 000	"	à 5 000	"	=	5 000 000	"
2 000	"	à 3 000	"	=	6 000 000	"
3 000	"	à 2 000	"	=	6 000 000	"
5 000	"	à 1 000	"	=	5 000 000	"
16 186	"	à 500	"	=	8 093 000	"

Da die Direktion es zurzeit in der Hand hat, die Abänderung ihres Planes vorzunehmen, so ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß die Lotteriebehörde den seit Jahren geltend gemachten Wünschen nicht ablehnend gegenüberstehen darf."

Siedlung Pöpelwitz.

Am Sonnabend hatten sich im Saale des „Vergnügungsparks" die Mieter der Siedlung eingefunden, um den Bericht über die Verhandlungen mit der Siedlungs-A.-G. entgegenzunehmen. Genosse Widera gab den Bericht in sachlicher Form und wies darauf hin, daß sich immer nur die Vertreter der SPD. im Stadtparlament, wie im Landtag und Reichstag, um die Interessen der Mieter gekümmert haben. Genosse Kremser sprach über die Gründung des „Neumieterschutz-Vereins", dessen Gründung in Zimpel schon vollzogen sei. Diese Organisation bezwecke, die Mieter in den gemeinnützigen Siedlungen zusammenzufassen und deren Interessen den Behörden gegenüber zu vertreten. Beide Referate fanden ungeteilten Beifall und der Erfolg war die Gründung des Mietervereins für die Siedlung Pöpelwitz. Nachdem Genosse Beyer noch einige organisatorische Angelegenheiten besprochen, konnte Genosse Hauffe die Versammlung mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung zur Hauptversammlung im Januar schließen.

Wir schützen die Republik
deshalb lesen wir nur
die Volkswacht

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5532

Distrikte 10/11. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, bei Müller, Alsenstraße 62, Bastelabend. Alle Frauen und Mädchen werden um zahlreichen Besuch gebeten. Gäste der Nachbardistrikte sind herzlich eingeladen.

Distrikt 22/23. Heute abend, 8 Uhr, Bastelabend bei Baude, Uferstraße 26. Frauen, bringt Gäste mit.

Distrikt 29. Heute abend bei Thiel, Bahnhof, Ecke Palmstraße, Distriktsversammlung. Genosse Funke ist als Redner anwesend.

Distrikt 38/40. Der Bastelabend fällt morgen, Mittwoch, aus. Alles geht zur Balabanoff-Versammlung nach dem Zentralballsaal.

SD. Innere Stadt und Nikolaitor. Morgen tritt alles pünktlich 6,30 Uhr, zum Ordnerdienst im Zentralballsaal an.

Parteigenossen in der Metallindustrie! Heute abend, 8 Uhr, wichtige Versammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer 6. Referent: Parteisekretär Genosse Krumm.

Sozialistische Jungordner.

Martinshornkapelle. Achtung! Wir treffen uns nicht Mittwoch im „Bergkeller", sondern Donnerstag um 20 Uhr in der Pestalozzi-Turnhalle. Pünktliches Erscheinen jedes Spielers mit Instrument ist Pflicht.

Knüppelmusik. Donnerstag, 20 Uhr, mit Instrumenten in der kleinen Turnhalle.

Abteilung Nord (SAJ.). Donnerstag, Punkt 20 Uhr, Pestalozzi-Turnhalle.

Abteilung Süd-Ost (Liebknecht). Donnerstag, Punkt 19,30 Uhr, Dlextant, Flurstraße, Ecke Brüderstraße.

Jungsozialisten.

Kapitalarbeitsgemeinschaft wie immer Dienstag, 17,30 Uhr, Margaretenschule.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

An alle Heime. Der für Sonntag angesetzte Heimabend fällt aus technischen Gründen aus.

Heim 5. Donnerstag abend bringen bestimmt alle Mitglieder die Dezember-Beiträge mit.

An alle Mitglieder! Mittwoch abend nehmen wir alle an der Versammlung im Zentralballsaal, Weitendstraße, teil. Die Genossin Balabanoff, die frühere Mitarbeiterin von Mussolini und von Lenin, spricht über den Faschismus. Eintritt nur gegen Vorzeigung der AJ.-Karte, 10 Pf.

Sprechchor. Heut abend wichtige Probe. Alles muß erscheinen, denn es steht uns nur noch wenig Zeit zur Verfügung. Des weiteren hält sich alles für Sonntag vormittag frei. Näheres im Sprechchor.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Alle Mitwirkenden der Winterfeier der Arbeit kommen noch einmal am Donnerstag zu einer sehr wichtigen Besprechung im Heim zusammen. Bitte pünktlich 20 Uhr zu erscheinen.

Metallarbeiter-Jugend. Wir kommen heut abend ab 19 Uhr im Heim zusammen. Erst Brettspiele, hierauf Frageabend. Ferner ist das Geld für die Volksbühnenjugend mitzubringen. Wir gehen am Freitag ins Thaliatheater.

Bund der Freidenkerjugend.

Heute, 20 Uhr, im Heim, Grünstraße 14/16, Besprechung unserer Zeitschrift. Gäste willkommen.

Geschäftliches.

Die Streitfrage, ob Koffein schädlich ist oder nicht, wird durch Quieta am einfachsten gelöst: infolge der großen Ausgiebigkeit von Quieta ist der Koffeingehalt im fertigen Kaffee so gering, daß er niemals schadet, sondern wohlig anregt. Es gibt Quieta-Mischungen mit 40, 25 und 10 Prozent Bohnenkaffee.

Geschäfts-Erweiterung. Die Firma Oskar Dehmel, Breslau, Neumarkt 45, die vor kurzem ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum feierte, hat das, an ihr bisheriges Geschäftslokal angrenzende Grundstück Kupferschmiedestraße 1, käuflich erworben und dort bequeme und helle Verkaufsräume geschaffen. Herren-, Sport- und Knaben-Kleidung, sowie Berufskleidung jeder Art sind schöne und praktische Weihnachtsgeschenke, zumal, wenn sie so preiswert abgegeben werden wie bei der Firma Oskar Dehmel.

Unfallfolge?

Einem 72 Jahre alten Chausseewärter wurde eines Tages bei Ausbesserungsarbeiten auf einer Chaussee durch ein vorbeifahrendes Auto viel Schlamm ins Gesicht geschleudert. Als er das Gesicht abgewischt hatte, merkte er, daß er auf dem rechten Auge nichts sah. Er stellte dann einen Antrag auf Rentengewährung, wurde aber abgewiesen, weil die Erblindung keine Unfallfolge, sondern eine Alterserscheinung sei. Es handle sich um eine Embolie der Netzhaut, die bei alten Leuten oft eintritt. Die Erwerbsbeschränkung betrage wohl 25 Prozent, sei aber nicht auf den Unfall zurückzuführen. So lautete das Gutachten des Augenarztes. Die gegen den ablehnenden Bescheid eingelegte Berufung wurde vom Oberversicherungsamt, das sich an das Gutachten des Augenarztes hielt, zurückgewiesen. Es wurde aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Kreisverwaltung, bei der der noch rüstige Antragsteller schon 24 Jahre tätig ist, ihn wohl noch weiter beschäftigen werde.

Wissen ist Macht!

Dieser Ausspruch Liebknechts des Alten, ist immer noch zutreffend. Wissen zu vermitteln ist die Aufgabe guter Bücher. Unserer heutigen Auflage legen wir einen Prospekt bei, in dem Bücher für alle Wissensgebiete aufgeführt sind. Die Bücher sind alle in den „Volkswacht"-Buchhandlungen zu haben. Die Buchhandlungen befinden sich in Breslau Neue Graupenstr. 5 und Neue Taschenstr. 11. Der Versand der Bücher wird auch in die Provinzorte von diesen Buchhandlungen gern erledigt. Wer also Bedarf hat, wer sich weiter ausbilden will, der bestelle an Hand der Liste das Buch, das gewünscht wird. Die Zusendung erfolgt sofort. Wer Zeit und Lust hat, geht selbst in eine Buchhandlung und sucht sich das geeignete Buch aus.

* **Ein Kabelbrand** in einem Wagen der Straßenbahnlinie 16 ereignete sich gestern gegen ½8 Uhr abends in der Tiergartenstraße. Helle Flammen blitzten im Vorderperron auf und ein dichter Qualm entwickelte sich. Die Schaffner hatten Mühe, eine Panik der Fahrgäste zu verhindern und sie zum ruhigen Verlassen des Wagens zu veranlassen. Der Wagen mußte in das Depot abgeschleppt werden.

* Die Feuerwehr wurde gestern gegen ½8 Uhr nach Clausewitzstraße 26 alarmiert. Durch Unvorsichtigkeit beim Umgange mit Licht waren Säcke und Holz in Brand geraten. Das Feuer konnte mit der Eimerspritze gelöscht werden. Gleichzeitig mußte die Feuerwehr Brüderstraße, Ecke Paradiesstraße, ein auf der Straße gestürztes Pferd aufheben.

* **Am 2. Ziehungstag der Preußisch Süddeutschen Klassenlotterie** wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 Mark Nr. 245 534, 10 000 Mark Nr. 374 310, 3000 Mark Nr. 8124, 352 221, 2000 Mark Nr. 100 143, 369 731, 372 835, 1000 Mark Nr. 35 840, 61 266, 229 807, 341 992, 200 Mark Nr. 68 905, 92 266, 92 648, 183 379, 207 809, 234 377, 305 564, 311 122, 327 259.

* **Breslauer Volksbühne.** Zu dem 11. Kammer-Konzert des Musikalischen Instituts der Universität am Sonnabend, den 17. Dezember in der Aula Leopoldina der Universität bei dem unter Leitung von Professor Max Schneider und unter Mitwirkung des Collegium musicum und des Schlesischen Landesorchesters Teil 1, 2 und 3 des Weihnachtsoratoriums von Joh. Seb. Bach zur Aufführung gelangt, erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtsstraße 32, Eintrittskarten statt für 2,50 Mark zum ermäßigten Preise von 1 Mark (einschließlich Programm und Kleiderablage).

* **Arbeiter-Samariter, 3. Abteilung.** Achtung, Genossen und Genossinnen! Unser Abteilungslokal ist verlegt worden. Von Mittwoch, den 14. Dezember an, tagen wir regelmäßig bei Baude, Uferstraße 26. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Bres[lau]

Während über Mitteleuropa, das sich im Bereiche absinkender Kaltl[uft] befindet, ruhiges, vielfach nebliges Frostwetter herrscht, beginnen [sich] von Südwesten wie von den Ostseeländern her neue Störungen gegen Mitt[eleuropa] vorzudringen. Gleichzeitig erfolgt vom Eismeer ein kräftiger Ausbruch [kalter] Luftmassen. Auch unsere Witterung dürfte sich daher in den nächsten [Tagen] wieder unruhiger und mehr wechselhaft gestalten. Nach Niederschlägen [und] Schneefall, dürfte der Frost erneut zunehmen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgeb[irge].

Zunächst noch vielfach neblig-wolkiges Wetter, einzelne Niederschläge, milder.

Aussichten für die schlesischen Hochgebirge.

Nur teilweise neblig, meist heiter, Frostwetter.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 12. 12. 27	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min.	Wetter	Wind	Niederschlag mm
Grünberg	−1	−4	−6	Schnee	SSW 1	
Görlitz	−3	−1	−5	Nebel	NW 8	
Liegnitz	−4	−3	−5		SSO 1	
Bad Flinsberg	5	−3	−5	bedeckt	NW 1	
Heufuderbaude	−7	−6	−9		still	
Oberschreiberhau	−9	−2	−13	wolkig	SW 1	
Kl. Schles. Baude	−7	−3	−8	Nebel	SW 3	
Reifträgerbaude	−10	−5	−10		SW 4	
Schneekoppe	−5	−3	−8	heiter	W 4	
Neumarkt	−4	−3	−5	bedeckt	SSO 1	
Krietern	−4	−2	−5	"	still	
Zobten						
Bad Salzbrunn	−5	−2	−5	Nebel	still	
Friedland (Bez. Breslau)	−8	−3	−5	bedeckt	S 3	
Reinerz	−3	−1	−4	"	SW 2	
Landeck	−3	−1	−8	"	still	
Reichenstein	−2	−1	−6	Nebel	O 1	
Festenberg	−4	−3	−7	"	SO 2	
Neiße	−3	−4	−4	"	still	
Proskau	−3	−3	−5	"	SSW 1	
Kreuzburg						
Gleiwitz	−3	−2	−5	"	still	
Beuthen	−4	−3	−7	bedeckt	SO 2	

Konzerte — Theater — Vergnügunge[n]

Stadttheater. Heute, Dienstag, Anfang 19,30 Uhr, als 8. Abonne[ments]vorstellung der Serie F Mozarts „Figaros Hochzeit", in der Inszen[ierung] von Prof. Turnau, unter musikalischer Leitung von Helmut Seidelmann. [Auf] Anstellung gastiert Herr Kurt Rahmer vom Stadttheater Krefeld als [...] Mittwoch nachmittag, 15,30 Uhr, zu ermäßigten Preisen der Gruppe II „Hä[nsel] und Gretel" von Humperdinck. Abends 20 Uhr, als 8. Abonnement[s]stellung der Serie G „Die verstellte Einfalt", Donnerstag, 20 [Uhr] „Mona Lisa".

Lobetheater. Täglich 20 Uhr: „Schinderhannes", Schauspiel [von] Carl Zuckmayer. In Vorbereitung befindet sich Lernet-Holenias neue Ko[mödie] „Erotik", in der Inszenierung des Intendanten Barnay. Die nächsten [Vor]stellungen des mit großem Beifall aufgenommenen Weihnachtsmärchens „Ch[rist]kindleins Märchenwald" von Carl Behr finden Sonnabend und [Sonn]tag (15,30 Uhr) statt.

Thaliatheater. Täglich: „Anatol" von Arthur Schnitzler. In [Vor]bereitung befindet sich Bruno Franks Schauspiel „Zwölftausend", [in der] Inszenierung von Dr. Franz Joseph Engel. „Schneeweißchen [und] Rosenrot" wird am Sonnabend und Sonntag (15,30 Uhr) wiederholt.

Schauspielhaus. Heute, Dienstag und die folgenden Tage „Eine [...] von Forsat". Sonntag nachmittag: „Gräfin Mariza".

Viktoria-Theater. Nur noch bis 23. Dezember, täglich 8,15 Uhr, „[Die] Welt steht Kopf!" mit neu eingelegten Bildern.

Zirkus-Schau-Arena. Täglich 8 Uhr „Wie einst im Mai!" Volks[...]

Liebich-Theater. Täglich 20 Uhr. Danelma-Revue und das große De[zember]programm. Um allen Gerüchten vorzubeugen, teilt die Direktion mit, da[ß die] gefährlichen Balance-Tricks der zwei Borellys ohne Hilfsmittel ausgeführt we[rden,] was bei der Schwierigkeit der Leistungen nur für den tollkühnen Mut diese[r be]währten deutschen Artisten Zeugnis ablegt.

* **Ein Pelzkragen** wurde am Sonntag nachmittag einer F[rau] von der Schulter gestohlen, als sie am Hintermarkte die Sch[au]fensterauslagen besichtigte.

* **Wohnungseinbruch.** In der Nacht zum Montag wurde eine Wohnung in der Gartenstraße ein Einbruch verübt. [Die] Täter hatten sich bereits einen Korb mit Wäsche und Kleidun[gs]stücken zurechtgepackt, als sie durch eine Hausbewohnerin ge[stört] wurden und flüchteten.

* **Bei der Besichtigung der Schaufensterauslagen** am Hint[er]markt wurde einer Hausgehilfin die Geldtasche mit 38 Mark a[us] der Handtasche gestohlen. — Vor einem Warenhause in [der] Schmiedebrücke entwendete eine unerkannt entkommene Per[son] einer Frau ein Portemonnaie mit 145 Mark aus der Handtas[che.] — Beim Verlassen eines Theaters in der Gartenstraße ist ein[er] Frau eine Brieftasche mit 50 Mark und einem Trauschein aus d[er] Handtasche gestohlen worden.

* **Schrebergarten-Einbrüche.** In den Schrebergartenvere[in] „Dürrgoy" (Schönstraße) ist zweimal eingebrochen worden. [In] der Nacht zum 7. Dezember sind einem Kleingärtner vier Taub[en] gestohlen worden, und am 10. Dezember bei hellem Tage de[m] Kleingartenvorsitzenden vier Hühner. Die Diebe gingen du[rch] zwei Schlösser; zwei Zwerghühner haben die gerissenen Die[be] zurückgelassen.

* **Schrebergartenlauben erbrochen.** Auf dem Gelände [von] Wilhelmsruh wurden in einer der letzten Nächte mehrere Schreber[]gartenlauben erbrochen und daraus verschiedene Bekleidungs[]stücke im Werte von 300 Mark gestohlen.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 5. Frauen-Abteilung. Unse[re] Weihnachtsfeier findet am Freitag, den 16. Dezember, abend[s] 7,30 Uhr, in den Hubertussälen, Friedrich-Wilhelmstraße 32, stat[t.] Zutritt haben nur Abteilungsmitglieder und deren Angehörig[e.] Der Eintritt ist frei.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Männer- und Jugend-Ab[]teilung. Heute abend, 8 Uhr, außerordentlich wichtige Abteilungs[]versammlung bei Koschek, Luisenstraße 13. Betrifft unsere Winte[r]sonnenwendfeier.

Freie Turnerschaft Breslau, 7. Abteilung. Freitag, de[n] 16. Dezember, abends 8,30 Uhr, Abteilungsversammlung b[ei] Kinke. Vortrag des Genossen Döblitz: „Arbeitersport un[d] die bevorstehenden Wahlen". Alle aktiven und passive[n] Mitglieder haben zu erscheinen. Das Männerturnen fällt a[m] Freitag in beiden Hallen aus.

Freie Turnerschaft Breslau, 2. Turnerinnen-Abteilun[g]. Heut abend, 8 Uhr, Sitzung aller Funktionäre, Vorturner sow[ie] des Festkomitees bei Genossin Frau Holland, Höschenstraße 15.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag, den 16. Dezembe[r,] abends 8 Uhr, im Gruppenlokal Zusammenkunft aller Mitglied[er] betreffs unserer Weihnachtsfeier. Alles hat zu erscheinen.

Handball. Das Spiel 3. Abteilung II., Sportlerinnen gege[n] Nord-Ost, Sportlerinnen, ist für Sonntag abgesetzt.

Wasserstand

18. Dezember.

Ratibor	1.12	Ransern (Unter-Pegel)	2.2
Neiße (Stadt) vom 12. 12.	0.62	Dyhernfurth	1.5
Neißemündung (Unter-Pegel)	1.60	Abflußmenge sekundlich 0.88 cbm	
Brieg (Mittelstau)	2.10	Fürstenberg vom 12. 12.	0.6
Treschen	0 03	Wasserwärme + 0°.	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 12. Dezember.

1 Pfund Sterling	20,43	100 franz. Francs	16,47
1 Dollar	4,1835	100 tschech. Kronen	12,40
100 holl. Gulden	169,27	100 Schweizer Francs	80,79
100 Belga = 500 Franken	58,54	100 Pesetas	69,65
100 norw. Kronen	111,36	100 schwed. Kronen	112,91
100 Danzig. Gulden	81,70	100 Pengö	73,22
100 Lire	22,71	100 österr. Schilling	58,96
100 dän. Kronen	112,30	100 Zloty	46,90

Aus Schlesien.

Königliche Reliquien.

Das Königlich Preußische Markgrafentum Oberlausitz und sein „Parlament". — Ein von der Revolution vergessener Schatten des feudalen Mittelalters.

In der „Görlitzer Volkszeitung" berichtet Genosse Buchwitz von der — im Jahre 1927 — fast märchenhaft anmutenden Existenz eines Ständeparlaments, dessen Wahlen im Kreisblatt des Landkreises Görlitz vom 5. Dezember 1927 auf Grund einer „Kommunallandtags-Verfassung im Königlich Preußischen Markgrafentum Oberlausitz" aus dem Jahre 1827 ausgeschrieben wurden. Diese staunenswerte Reliquie in unserer oft staunenswerten Republik verdient, der breitesten Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Wir geben daher den Bericht des Genossen Buchwitz nachstehend wieder:

* * *

Vor mir liegt das Kreisblatt des Landkreises Görlitz vom 8. Dezember 1927. An der Spitze des amtlichen Blattes finde ich eine Bekanntmachung des Landrats, wonach die Gemeindevorstände aufgefordert werden, bis zum 22. Dzember die Vorbreitungen für die Wahl der Landgemeinde-Abgeordneten des „Oberlausitzer Kommunallandtages" zu treffen. Ich denke, ich sehe nicht richtig, glaube doch meine Heimat zu kennen und weiß nichts von einem Kommunallandtag. Ich frage alle Bekannten: Was ist der Kommunallandtag? Niemand weiß es. Nun renne ich in alle Buchhandlungen, ob ich nicht eine Verfassung jenes mysteriösen Parlaments erhalten könne. Jetzt habe ich sie: das Ding ist im Jahre 1922 neu gedruckt und nennt sich **„Kommunal-Landtags-Verfassung im Königlich Preußischen Markgrafentum Oberlausitz".**

Aus der 16 Seiten umfassenden „Verfassung" schlägt uns die Moderluft vergangener Jahrhunderte entgegen. Die letzte Seite der Verfassung zeigt, woher die „Rechte" jener Dunkelkammer stammen. Dort ist zu lesen:

> Berlin, den 2. Juni 1827. Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., entbieten Unsern getreuen Ständen des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz Unsern gnädigen Gruß.

Dann folgt die gnädige Erlaubnis, versuchsweise, der Ritterschaft und den Ständen obengenannter Gebietsteile die Errichtung einer kommunalen Ständevertretung zu gestatten. Der § 1 umgrenzt das Verfassungsgebiet. Es gehören dazu:

„Das Königliche Markgrafentum Oberlausitz, welches aus den vier Landrätlichen Kreisen Görlitz, Lauban, Rothenburg und Hoyerswerda besteht".

§ 2 besagt, daß jedes Jahr einmal dieser Landtag in Görlitz tagt, die Tagungsdauer darf vier Wochen nicht überschreiten. § 3 stellt die Wahlordnung fest. Es werden vier Stände unterschieden. Dem 1. Stand gehören an: die Standesherren von Muskau und Seidenberg und die Prälaten, dem 2. Stand alle adligen Besitzer eines unmittelbaren Rittergutes usw., dem 3. Stand die Städte, dem 4. Stand die Gutsbesitzer bis zu einer gewissen Besitzgrenze. Das „Wahlrecht" des 4. Standes ist von einem Besitz von mindestens 50 Scheffel (zirka 50 Morgen) abhängig. Die persönliche Qualifikation jedes Mitgliedes dieses famosen Parlaments ist von folgenden drei Voraussetzungen abhängig: 1. die Gemeinschaft mit einer christlichen Kirche, 2. 24 Jahre alt, 3. unbescholtener Ruf.

Damit der Witz in diesem Monstrum einer sogenannten Verfassung nicht fehlt, besagt der § 5:

Den 1. und 2. Stand qualifiziert sein Grundbesitz ohne nähere Wertbestimmung.

Dieser Satz kennzeichnet die alte Zeit und deren Anhänger von heute. Es kann jemand das größte Schwein und der größte Halunke sein, sein Besitz qualifiziert ihn in den Augen seiner Klasse zu einem unbescholtenen und tugendhaften Zeitgenossen! Frauen sind natürlich vom Wahlrecht ausgeschlossen, sie dürfen nur wählen, wenn sie Mitbesitzer der betreffenden Besitzung sind. Köstlich mutet in der neuen Zeit eine Bestimmung des § 11 an:

Jede erste Wahl des Landes-Aeltesten bedarf der Allerhöchsten Landesherrlichen Bestätigung.

Läßt also die republikanische Staatsregierung diesen nochmaligen Karnevalsscherz einer Neuwahl dieser Dunkelkammer zu, dann reist der neugewählte „Landesälteste" nach Doorn und läßt sich alleruntertänigst von Wilhelm dem Davongelaufenen bestätigen. Die Verhöhnung der Republik erreicht ihren Gipfel im § 15. Dort sind die „Arbeiten" dieser Dunkelkammer festgelegt. Nur einiges aus dieser Tätigkeit:

1. **Die von Sr. Majestät dem Könige oder den höheren und höchsten Staatsbehörden ergangenen Reskripte und Verfügungen unter Anzeige, was hierauf entweder geschehen ist, oder noch zu tun sein dürfte.**
2. **Gesuche und Anträge, welche an die Landesbehörden oder an des Königs Majestät selbst formuliert werden sollen.**

Der § 13 trennt den Plebs des 3. und 4. Standes von adligen, durch Besitz qualifizierten Nachkommen der ehemaligen Raubritter. Dieser Paragraph bestimmt, daß

die Stände gesondert an verschiedenen Tafeln Platz nehmen.

Sollten wirklich bisher die Vertreter der Städte und des vierten Standes in jenem Jammerparlament kein Gefühl für Manneswürde gehabt haben? Die SPD.-Vertreter im Stdtparlament der Stadt Görlitz haben die Wahlbeteiligung zu jener Mumienkammer natürlich abgelehnt. Im § 20 kommen noch einmal Erscheinungen des Größenwahns zum Ausdruck. Dort wird gesagt,

daß das Innenministerium für alle Beschlüsse dieses „Landtages" die Allerhöchste Bestätigung einzuholen hat.

* * *

Diesem selbst für die Begriffswelt moderner Monarchien überalterten Ständeparlament, dessen Funktionen nicht recht ersichtlich sind, gehören natürlich alle vornehmen Herren der Oberlausitz an; allen voran der „Landeshauptmann" Herr von Eichel, der sich gerne bei amtlichen Veranstaltungen steif und würdevoll in den Vordergrund drängt. Genosse Buchwitz macht in unserem Görlitzer Bruderblatt den Vorschlag, den ganzen „Kommunallandtag" ins Görlitzer Museum zu schaffen. Neben der komischen hat es auch eine ernste Seite, daß so eine vergessene Reliquie des Feudalismus von Behörden der Republik Preußen durch amtliche Publikation im Kreisblatt unterstützt wird. Wir könnten uns vorstellen, daß ein preußischer Landrat nach dem Studium der Reichs- und Staatsverfassung zu dem Schluß käme, dieser mittelalterliche Spuk wäre durch die gegenwärtige Gesetzgebung überholt. Nachdem dies nicht geschehen ist, kann wohl füglich von der Staatsregierung erwartet werden, daß sie dem Wunsch des Genossen Buchwitz nachkommt und Preußen von dem „Markgrafentum" Oberlausitz befreit.

Bezirkstag der Kriegsopfer Mittelschlesiens.

Zu dem gestern gebrachten Bericht über die Bezirkstagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten ist nachzutragen, daß **als einzige politische** Partei die Sozialdemokratie durch die von dem Bezirksvorstand delegierten Genossen **Winzer** und **Krumm** vertreten war. Genosse **Krumm** betonte in einer kurzen Ansprache im Namen der Partei, daß die Sozialdemokratie stets für die Opfer des Massenmordes eingetreten ist und eintreten wird.

„Reinfall" der Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Arbeiterzeitung" vor einigen Tagen einen Bericht über eine Steinarbeiterversammlung, die am Sonntag, den 4. Dezember, in **Strehlen** stattgefunden hat. Wir können natürlich nicht über alle Versammlungen, die von unserer Partei tagtäglich veranstaltet werden, Berichte bringen. In diesem Fall aber ist es interessant einiges über den angeblichen „Reinfall" in Strehlen zu berichten.

Die Genossen in Strehlen hatten für Sonntag, den 4. Dezember, eine Versammlung der Steinarbeiter einberufen. Die Versammlung war von ungefähr 200 Personen besucht. Die Kommunisten und Roten Frontkämpfer hatten alles irgendwie Erreichbare mobilisiert. Nicht nur aus Strehlen, sondern aus einer ganzen Reihe von Ortschaften des Kreises Strehlen ihre Anhänger nach der Versammlung dirigiert. Genosse **Mache** sprach über: „Die Gegenwartsaufgaben der deutschen Arbeiterklasse". Sein Vortrag wurde recht aufmerksam angehört und wiederholt durch Beifall unterbrochen. Als er die einzelnen Parteien besprach und auseinandersetzte, daß die für die Kommunistische Partei bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen vollkommen wertlos sind, fingen einige jugendliche Bolschewisten an zu gröhlen, verstummten aber bald, nachdem ihnen der Genosse Mache den Beweis für ihre Behauptungen geliefert hatte. Am Schluß des Vortrages dankte dem Referenten reicher Beifall. Die Kommunisten hatten zu dieser Versammlung ihr bestes Pferd aus dem Breslauer Stall herangeholt, und zwar den Redakteur **Rudert** von der „Schlesischen Arbeiterzeitung". Rudert konnte in fast einhalbstündiger Redezeit zu den Ausführungen des Genossen Mache Stellung nehmen. Es muß anerkannt werden, daß er in durchaus sachlicher Weise, die für alle kommunistischen Redner als Muster gelten könnte, sich verhielt. Auch Rudert hatte von seinen Anhängern Beifall.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, erhielt Genosse Mache das Schlußwort, der zunächst einigen Schreiern gegeüber bemerkte, daß sie sich an Rudert ein Beispiel nehmen sollen, wie man sich auseinandersetzen kann. Er stellte dann einige wahrscheinlich nicht unbewußte Schiefheiten von Rudert richtig, so daß er die preußische Regierung für die Mietserhöhung allein verantwortlich machen wollte, oder in der Stellung der Frage zur Verhütung von Kriegen, wo er (Rudert) die Auffassung vertrat, daß die Parole „Nie wieder Krieg" genau dasselbe wäre, als wenn man Plakate: „Nie wieder Erdbeben" herumtragen würde. Der Referent stellte unter Beifall der Versammlung fest daß Erdbeben durch Naturgewalten hervorgerufen werden, daß Kriege aber von Menschen gemacht werden, und daß schon deshalb dieser Vergleich sehr irrig sei. Besonders interessant war die Auseinandersetzung über die Frage Demokratie oder Diktatur, wo Genosse Mache mit aller Schärfe auseinandersetzte, warum Demokratie und weshalb im Interesse der Arbeiterklasse die Ablehnung der Diktatur eine unbedingte Notwendigkeit ist. Dabei verwies er gleichzeitig wieder auf eine falsche Darstellung des kommunistischen Redners, der behauptet hatte, daß in Oesterreich die Bourgeoisie im Parlament in der Minderheit wäre. Als er in seinem Schlußwort aufforderte, sich wieder zu sammeln unter der alten, sturmerprobten Fahne der Sozialdemokratischen Partei, dankte ihm sehr starker Beifall, durch den auch die Zwischenrufe einiger dadurch nervös gewordener Bolschewisten übertönt wurden. Eine Entschließung, die Rudert eingebracht hatte und die sich gegen die Form des Einladungsflugblattes wandte, wurde, von der Versammlungsleitung zur Abstimmung gebracht, abgelehnt. Wie man eine solche Versammlung als einen Reinfall bezeichnen kann, ist sicher das Geheimnis der kommunistischen Schreier. Richtig ist, daß die Ausführungen des Genossen Mache auch auf einen Teil der unter kommunistischem Einfluß stehenden Versammlungsteilnehmer einen starken Eindruck machten.

Resl von Konnersreuth klagt
— gegen eine Gleiwitzer Wochenzeitung.

Ein Beleidigungsprozeß, der von Therese von Konnersreuth angestrengt wurde, ist demnächst vor dem Amtsgericht in Gleiwitz fällig. Er richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur der Gleiwitzer Wochenzeitung „Der Blitz im Osten". Therese Neumann fühlt sich dadurch beleidigt, daß die Zeitung ihr ein uneheliches Kind zugesprochen hat.

Das kugelfeste Schwein.

In alten deutschen Sagen wird uns von Siegfrieds unverletzlicher Haut erzählt, die kein Schwert und kein Speer durchdringen konnte. Die Jetztzeit ist etwas prosaischer. Helden, die in Drachenblut baden und sich dadurch hieb- und kugelfest machen, gibt es nicht mehr. Sonst aber geschehen auch heute noch Zeichen und Wunder. In Wohnsdorf sollte ein Schwein zum Zwecke menschlicher Ernährung erschossen werden. Aber, siehe da; kalt lächelnd ließ das geheimnisvolle Tier die Kugel an sich abprallen und sie rückläufig sich gegen ihre Mörder wenden. Ein junger Mann wurde schwer verletzt von der abgeprallten Kugel am Halse getroffen und mußte sich sofort einer Operation unterziehen. Was aus dem triumphierenden Schwein geworden ist, wird uns nicht weiter berichtet.

Grubenbrand im Waldenburger Revier.

Am Sonnabend, in den Vormittagsstunden, kam auf der Gustavgrube in Rothenbach ein Brand durch Selbstentzündung der Kohle zum Ausbruch, durch den zwei Betriebe in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Bis jetzt konnte der Brand noch nicht völlig gelöscht werden, jedoch soll, wie die Grubenverwaltung meldet, für die Förderung, das Leben und Gesundheit der Belegschaft, keine Gefahr bestehen.

Schweidnitz. Ein Auto ist kein Schlittschuh. Ein Lieferauto der Kathreiner Werke wollte über das gefrorene Schwarzwasser fahren, brach aber durch die Eisdecke und versank über einen Meter tief im Schlamm. Mit Mühe gelang es, den Wagen herauszuholen. Die auf diesem befindlichen Waren waren vernichtet.

Waldenburg. Im Stapelschacht den Tod gefunden. Auf der Segen-Gottes-Grube ist in der Montagfrühschicht der Hauer Adolf Linke mit einem Bergewagen in den Stapelschacht abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden. Wie sich der Unfall ereignete, ist noch nicht aufgeklärt. Linke ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Dittersbach. Der Bau von zirka 120 Wohnungen geplant. Die hiesige Gemeindevertretung stimmte grundsätzlich dem Bau von 25 Wohnungen im kommenden Jahre zu. Bekanntgegeben wurde, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften (Mieterschutz, Kriegsbeschädigte und Kinderreiche) von der Gemeinde Baugelände erwerben wollen, um darauf 92 Wohnungen zu errichten.

Deschowitz, Kreis Groß-Strehlitz. Spritzenkomödie. Von einem Brand in Deschowitz wird uns eine unglaubliche Geschichte gemeldet. Auf unerklärliche Weise brach am hellen Tage im Hause einer Dorfbewohnerin Feuer aus. Alles rannte nach der Spritze. Die Spritze befand sich auf dem Gut in Aufbewahrung. Der Schlüssel zum Aufbewahrungsraum konnte nicht gefunden werden. Man öffnete die Tür mit Gewalt. Das Heranschaffen der übrigen Feuerlöschgeräte nahm auch noch einige Zeit in Anspruch, weil jedes Stück einen anderen Aufbewahrungsraum im Dorfe hatte. Als die Spritze gebrauchsfertig angefahren kam, war das Haus restlos niedergebrannt.

Groß-Strehlitz. Der zu festgeschlossene Ofen im Schlafraum. Im Schlafraum der beiden Lehrlinge Nowak und Jonza in Kalinow hatte sich beim zu stark verschlossenen Ofen Kohlenoxydgas entwickelt, so daß die beiden Lehrlinge in der Frühe im bewußtlosen Zustande aufgefunden wurden. Man brachte sie sofort nach dem Krankenhaus in Groß-Strehlitz und trotz ziemlich weit vorgeschrittener Vergiftung gelang es glücklicherweise noch, beide Verunglückten ins Leben zurückzurufen.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

Hartlieb. Mittwoch, den 14. Dezember, 20 Uhr, findet bei Rosenberger in Hartlieb eine Mitgliederversammlung statt. Genosse August Klose spricht über das „Arbeitslosenversicherungsgesetz". Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Maltsch. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7½ Uhr, findet unsere diesjährige Generalversammlung im Lokal „Zur Provinz" statt. Da der Geschäftsbericht gegeben und die Vorstandswahl vorgenommen wird, muß alles zur Stelle sein. Genosse Schiffer wird ein politisches Referat halten.

Klettendorf. Im Dorfteich ertrunken. Beim Spielen auf dem gefrorenen Dorfteich in Klettendorf fiel der 6jährige Schüler Gerhard Wieland in ein offenes Wasserloch und geriet unter die Eisdecke. Trotz sofort angestellter Rettungsversuche gelang es nicht, den Knaben noch lebend herauszuholen. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Steine. Der rätselhafte blaue Autobus mit dem Schild Breslau — Schwoitsch — Drachenbrunn — Steine — Margareth, der in Breslau gesehen wurde und Anlaß zu einer Anfrage gab, kommt ins Stadtgebiet nur zu Reparaturen. Im übrigen verkehrt er regelmäßig in der angegebenen Richtung. Die Abfahrtstelle in Steine ist das Gasthaus „Waldschlößchen" in Zimpel, nahe der Endstation der Linie 18. Der Fahrplan ist zurzeit folgender: ab Breslau (Waldschlößchen) wochentags 8, 10, 14, 16, 19,30 Uhr, Sonntags: 8, 14, 19, 22, 24 Uhr; ab Margareth: wochentags: 7, 9, 13, 15, 18 Uhr, Sonntags: 7, 13, 18, 21, 23 Uhr.

Schottwitz. Parteiversammlung. Nach längerer Zeit fand wieder einmal in Schottwitz eine öffentliche Versammlung am Freitag, den 9 Dezember, statt, die außerordentlich gut besucht war. Genosse Ohlig-Breslau war als Redner erschienen und referierte über das Thema: „Der Betrug am Deutschen Volke." Er zeigte vor allen Dingen die Schädigungen der Bürgerblockpolitik für die werktätige Bevölkerung auf. Seine Schlußworte gipfelten in der Mahnung, nun alles zu tun, damit im nächsten Wahljahr die Front des Bürgerblocks durchbrochen werden kann. In der Diskussion wurde vor allen Dingen betont, daß bei den kommenden Gemeindewahlen in Schottwitz eine selbständige Gemeindevertreterliste aufgestellt werden muß, damit die Belange der Arbeiterschaft richtig wahrgenommen werden können. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsch-Lissa. Silberhochzeit. Vergangenen Sonntag feierte unser Genosse und Gemeindevorstandsmitglied Adolf König mit seiner Frau Marie das Fest der silbernen Hochzeit. Genosse König ist einer der ältesten Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sowie „Volkswacht"leser hier am Ort. Herzlichen Glückwunsch.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Breslauer Produktenbörse vom 12. Dezember.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 10. Dezember 1927 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz Getreide Freundlicher. — Oelsaaten Still. — Kartoffeln: Wegen Frostes kein Geschäft, unverändert. — Mehl: Behauptet.

Amtlich amtliche Notierungen (100 kg).

Getreide:	12	10	Oelsaaten	12.	10.
Weizen 74 kg)	25,60	25,50	Winterraps*	34,00	—,—
Roggen 71 „)	25,80	25,20	Leinsamen*	37,00	—,—
Hafer*	20,00	20,00	Senfsamen*	33,00	—,—
Braugerste, gute	27,00	27,00	Hanfsamen*	36,00	—,—
Braugerste*	25,00	25,00	Blaumohn*	72,00	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	22,00	22,00			

* Mittlere Art und Güte (Getreide) — * Mittlere Art und Güte (Oelsaaten).

Fabrikkartoffeln, (im Pfg. je nach Stärke-Prozent) 0,13½ je nach Lage der Verladestation des Erzeugers.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	12.	10.		12.	10.
Weizenmehl	36,00	36,00	Auszugmehl	41,75	41,75
Roggenmehl	35,50	35,50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feinere Sorten werden höher bezahlt.

Die niedergerungene Obstruktion.

Die Auflösung der Gutsbezirke beschlossen.

Debatte über die Kampfansage der Schwerindustrie im Preußischen Landtag.

Berlin, 12. Dezember 1927.

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Preußischen Landtages stand als erster Punkt der Ausbau des Stettiner Hafens, als zweiter Gegenstand ein kleines Aufwertungsgesetz über Pachtzinsen in Ostfriesland, als dritter Punkt die zweite Lesung der Beamtenbesoldung und als vierter Punkt die Neuregelung der Gemeindeverfassung (Auflösung der Gutsbezirke).

Abg. **Leinert** (Soz.) beantragt die zweite Lesung der Beamtenbesoldung abzusetzen; die Sozialdemokratische Fraktion lege großen Wert darauf, daß die Vorlage über die Auflösung der Gutsbezirke noch in dieser Woche Gesetz werde.

Abg. **Ebersbach** (Dnat.) protestiert gegen die Zurücksetzung der Beamtenbesoldung.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Vorwürfe des Abg. Ebersbach gegen uns sind sämtlich **wider besseres Wissen** erhoben. **Kein einziger Beamter erhält einen Pfennig weniger oder später, wenn wir die Beamtenbesoldung erst am Dienstag beraten; denn die Auszahlung vor Weihnachten hat ja bereits der Hauptausschuß angeordnet.** Im übrigen sind es immer die Rechtsparteien gewesen, die verlangt haben, daß wir auf den Reichstag warten sollten. Jetzt, auf einmal wollen sie vorprellen, nicht um den Beamten etwas zukommen zu lassen, sondern lediglich um die Obstruktion gegen die Auflösung der Gutsbezirke weiterzutreiben. (Lebhafter Beifall links.)

Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten wird beschlossen, die zweite Lesung der Besoldungsvorlage von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. **Bartelt** (Dem.) beantragt, den Beschluß des Hauptausschusses betreffend Auszahlung der erhöhten Gehälter an die Beamten vor Weihnachten ohne Aussprache auf die heutige Tagesordnung zu setzen. — Da nicht widersprochen wird, wird demgemäß verfahren und der Antrag des Hauptausschusses einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Ausbau des Stettiner Hafens. — Abg. Dr. **von Kriege** (D. Vp.) berichtet ausführlich über die Ausschußverhandlungen. — Abg. Frau **Noack** (Dnat.) hält eine einstündige Obstruktionsrede.

Abg. Hartwig (Soz.):

Wir wünschen den Ausbau Stettins zu einem großen Ostseehafen und hoffen damit der Stettiner Arbeiterschaft und der Völkerverständigung zu dienen. (Bravo! bei den Soz.)

Auf Antrag des Abg. **Haas** (Soz.) wird die Generaldebatte beschlossen und dieser sowie der nächste Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. (Große Unruhe rechts.) — Es folgt die zweite Lesung der Vorschriften über

Aenderung der Gemeindeverfassung. (Auflösung der Gutsbezirke.)

Abg. **Haas** (Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung, für die Besprechung die Paragraphen der Vorlage in zwei Kapitel zusammenzufassen. Erstens: Auflösung der Gutsbezirke und Erleichterung der Eingemeindungen. Zweitens: Bestimmungen über die Wahl (statt bisher Ernennung) rheinischer Bürgermeister und Amtsvorsteher. — Abg. **Freiherr von Mirbach** (Dnat.) beantragt, bei Paragraph 1 eine allgemeine Aussprache zuzulassen. — **Abg. Haas** (Soz.): **Wir debattieren über die Auflösung der Gutsbezirke seit 8 Jahren. Wir brauchen keine allgemeine Debatte mehr, sondern eine Tat.** (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) — Der **Antrag Freiherr von Mirbach** wird mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten abgelehnt, der **Antrag Haas** mit derselben Mehrheit angenommen.

Abg. **Freiherr von Mirbach** (Dnat.): Leider ist unsere Obstruktion durch den Abfall der Kommunisten **aussichtslos** geworden. (Stürmisches Gelächter bei den Mehrheitsparteien!)

Abg. **Dr. von Eynern** (Dt. Vpt.): Die Auflösung der Gutsbezirke hätte langsam und ordnungsmäßig nach dem bisherigen Recht erfolgen können. — Abg. **Schwenk** (Komm.): Wir verlangen, daß die Gutsbezirke binnen drei Monaten verschwinden.

Ministerialdirektor **von Leyden**: **Ich habe im Auftrage des Herrn Ministers des Innern zu erklären, daß er innerhalb dieser Frist von drei Monaten die große Mehrzahl der Gutsbezirke zur Auflösung bringen wird.** (Lebh. Beifall links!)

Abg. **Biester** (Dtsch-Hannoveraner): Man sollte die Bewohner der Gutsbezirke selbst entscheiden lassen.

Damit schließt die Debatte. **Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge werden die einzelnen Paragraphen der Vorlage von Regierungsparteien und Kommunisten angenommen.** — Abg. Haas (Soz.): **Ich schlage vor, die dritte Lesung des Gesetzentwurfes sofort vorzunehmen. Ich habe mich vergewissert, daß keine Partei dem widerspricht.** (Lebh. Hört! Hört! links.) — **Die dritte Lesung wird ohne Widerspruch beschlossen und die ganze Vorlage en bloc angenommen.** (Stürmische Beifallskundgebungen links.)

Wissen Sie was jederzeit am besten schmeckt?
Das Brot u. der Kuchen, den der
„Vorwärts“
bäckt!
8012

Der Gesetzentwurf über Errichtung einer Landesrentenbank wird in zweiter und dritter Lesung debattelos beschlossen. — Es folgt die Beratung des kommunistischen Urantrages auf

Durchführung des Achtstundentages für Hütten- und Walzwerksarbeiter ab 1. Januar 1928.

Abg. **Schotka** (Komm.): Die Stillegungsdrohung der Schwerindustrie ist ein Mordanschlag des internationalen Kapitals auf die deutsche Arbeiterschaft. Die Bilanz von Krupp beweist, daß die Schwerindustrie in ihren Ueberschüssen geradezu erstickt. Die Löhne der Metallarbeiter sind trotz der gewaltigen Steigerung der Produktion nicht gestiegen. (Bravo! bei den Komm.)

Abg. Szillat (Soz.):

Seit Jahren wird von den bürgerlichen Parteien gegen die Gewerkschaften der Vorwurf erhoben, daß sie neben die Staatsregierung eine Nebenregierung der Gewerkschaften stellen wollten. **Die jetzige Kriegsandrohung der deutschen Unternehmerschaft gegen die Verordnung des Reichsarbeitsministers betreffend Durchführung des Achtstundentages im Hütten- und Walzwerksbetrieb zeigt, wo wirklich das Bestreben auf Errichtung einer Nebenregierung besteht.** Die Drohung der Unternehmer, die gesamte Schwereisenindustrie stillzulegen, ist verantwortungslos gegenüber der gesamten deutschen Wirtschaft. Es ist geradezu erstaunlich, woher die Männer des Kapitals, die soviel von Verantwortlichkeitsgefühl reden, und es so selten bestätigen, den Mut zu einer solchen Drohung nehmen. (Sehr gut! links.) Die Forderungen der deutschen Gewerkschaften sind unter voller Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr bescheiden aufgestellt. Die Forderung nach der dreigeteilten Arbeitsschicht in Hütten- und Walzwerken ist in der englischen Industrie seit 25 Jahren durchgeführt; schon im Jahre 1907 hat der Reichstag sie auch für Deutschland gefordert. Daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht unerfüllbar sind, beweisen allein schon die riesigen Mittel, die die Schwerindustrie für ihre Kriegskasse bereitgestellt hat. Der Reichsarbeitsminister hat die Pflicht, in diesem Kampf um die Oberhoheit im Staate festzubleiben, und auch der Landtag sollte in diesem Sinne auf ihn einwirken, damit das Inkrafttreten seiner Verordnung am 1. Januar 1928 in möglichst vollem Umfange erfolgt. Mit den Kommunisten sich jetzt über taktische Fragen auseinanderzusetzen, wäre müßig. **Wenn die Arbeiterklasse im Kampfe steht, sollte auch die kommunistische Kritik einmal schweigen.** Der Reichstag wird die Aufgabe haben, der Reichsregierung den Rücken zu stärken und dem Unternehmertum klar zu machen, daß in der deutschen Republik noch immer die Reichsregierung herrscht und nicht ein nackter, brutaler Unternehmerwille. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hartmann (Dem.) schließt sich diesen Darlegungen an.

Abg. **Lindner** (Dnat.): Der Achtstundentag erscheint uns als eine höchst zweifelhafte Errungenschaft der Revolution.

Damit schließt die Debatte. — Nach einem Schlußwort des Abg. **Märker** (Komm.) wird der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen, da die anderen Parteien schwach vertreten sind. — Nächste Sitzung Dienstag, Zweite Lesung der Beamtenbesoldungsvorlage.

* * *

Der Beschluß des Preußischen Landtags hat die Aufhebung von 12 900 selbständigen Gutsbezirken zur Folge. Diese Gutsbezirke sind trotz der Staatsumwälzung bestehen geblieben; die jahrelangen Bemühungen der preußischen Regierungsparteien, das Versäumnis nachzuholen, blieben bisher infolge der deutschnationalen-kommunistischen Obstruktion ohne Erfolg.

Die Bewohner der jetzt aufzulösenden Gutsbezirke waren bisher Staatsbürger zweiter Klasse. Sie hatten nicht einmal das Recht, sich eine Gemeindevertretung zu wählen und ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Der Gutsbesitzer war gleichzeitig Gutsvorsteher und in dieser Eigenschaft auch Polizeiverwalter in seinem Bezirk. Er bestimmte selbstherrlich und ohne jede Rücksicht auf die Interessen der in seinem Bezirk lebenden Arbeiterschaft. Diesem mittelalterlich klingenden Zustand wird jetzt ein Ende gemacht. Tausende und Abertausende von Landarbeitern gelangen nunmehr in den Besitz des Gemeindewahlrechts, so daß vermutlich das Bild der Gemeindevertretungen, insbesondere im Osten Preußens, in Zukunft wesentlich anders sein dürfte.

* * *

Der preußische Minister des Innern hat angeordnet, daß die notwendigen Arbeiten zu den Ausführungsbestimmungen des vom preußischen Landtag verabschiedeten Gesetzentwurfs unverzüglich erledigt werden. Der Beschluß des Landtages dürfte also schnellstens in die Tat umgesetzt werden.

Um Wilhelms Bild.

Verhandlung im Piscator-Prozeß.

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Funkbericht.)

Am Montag fand vor der Zivilkammer des Landgerichts I Berlin die mündliche Verhandlung über die einstweilige Verfügung statt, die von dem Exkaiser gegen die Berliner Piscator-Bühne erwirkt worden war. In dieser einstweiligen Verfügung war der Piscatorbühne die Darstellung Wilhelms II. verboten worden. Das Urteil wird am Donnerstag verkündet werden. Wir kommen dann auf die Angelegenheit zurück.

Familien-Anzeigen

Am 9. Dezember starb unser Mitglied

Frieda Demmig

im Alter von 23 Jahren.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Schuhfabrik R. Dorndorf

Beerdigung: Mittwoch, 14 Dezember, nachm. 4 Uhr, von der Pauins-Kapelle in Cosel aus. 6043

Für die überaus zahlreiche Beteiligung sowie die schönen Kranzspenden anläßlich der Totenfeier unseres lieben Verstorbenen

Alfred Hegelin

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Dr. Kramer für seine tröstenden Worte, den Kollegen von der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Firma Hydrometer, Meinecke, sowie dem Distrikt 22 der Sozialdemokratischen Partei. 1010

Breslau, im Dezember 1927.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Messow & Waldschmidt G.m.b.H. Schmiedebrücke
Die billige Bezugsquelle für praktische Weihnachtsgeschenke und Einbescherungen
11457

ERÖFFNUNG DER FILIALE KLOSTERSTR. 9
MÖBEL
MITTWOCH NACHMITTAG
NAWRATH & COMP.
HAUS FÜR WOHNUNGSEINRICHTUNGEN
GARTENSTRASSE 86 ECKE TEICHSTRASSE

Reste
in Serge, Kittai, Leinwand, Aermelfutter u. Roßhaar sehr billig. Watteline Mtr. 2 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—80 Pf., Malo-Schnürsenkel 100 Paar 2—8 Mk., Knöpfe Dutzend 3—10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erdal 15—90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 14174
Filialen Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graupenstr. 5

Vermietung
Einstellremise bill. Klosterstraße 68.

Kaufgesuche
Jede Nähmaschine kauft Wienziers
Gräbschener Straße 5.

Verkäufe
15 Handwagen all. Art, Levin Klosterstr. 68

Kleine Anzeigen
und kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Sofa mit Umbau, Tisch und Stühle, Gaslampe und Verschied. nur an Priv. billig zu verk. Lewinski, Morgenaustraße 2. Eing. Schweidnitzer Hof.

Gebr. Eisenkinderbettstelle mit Matratze zu verkaufen. Müller, Lehmgrubenstr. 56.

Zuglampe, elektr. 4flamm. od. Tisch verkauft Goethestraße 125 I. r.

Dr. Königs „Ratgeber in gesunden u. kranken Tagen“, 2 Bände, 1120 Seiten, wie neu, für 15 Rm. zu verkaufen. Offerten unter A. 109 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Bilderbuch und Spiel zusammen
für nur 65 und 90 Pf.
sind die Bilderbücher mit beweglichen Augen und Armen:
Nikolaus Struwwelpeter
das Hundebuch
das Puppenbuch
Buchhandlung Volkswacht / Breslau
Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Hilft bei Rheuma Herzleiden etc.
Adamynin
in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Blücherplatz 3 (Mohren-Apotheke)

Mollige Joppen
Oskar Dehmel

Bestellungen auf Weihnachts-Karpfen nimmt entgegen B. Kastner
14586

Leihweise Frack- Rock- u. Smoking-Anzüge nur neueste Fassons C. P. Pätzold Königstraße 7/5, 1.

Brennholz Sägespäne gibt allerbilligst ab Breslauer Holzbearbeitungsfabrik Bohrauer Straße Nr. 74.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Leihweise elegante Frack- Rock- und Smoking-Anzüge A. Patalong Schuhbrücke 3. Bischofstraße 3.

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes Preis 30 Pf
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Aus aller Welt.

Ueberfall auf die Kasse des Berliner Zoo.

Am Montag früh gegen drei Uhr drangen drei maskierte Räuber in den Kassenraum des Wirtschaftsgebäudes im Zoologischen Garten in Berlin und überfielen mit vorgehaltenen Revolvern den Kassierer Heinrich Kasten, der noch mit der Abrechnung des Silbernen Sonntags beschäftigt war. Zwei hielten den Ueberraschten und völlig Wehrlosen in Schach, der Dritte entnahm dem offenstehenden Geldschrank 30 000 Mark. Alle drei entkamen unerkannt. Die Beute war verhältnismäßig groß, weil auch noch die Tageseinnahme des Sonnabend vorhanden war. An den Wochentagen wird das Geld nach der Abrechnung sofort in den Morgenstunden zur Bank gebracht. Der überfallene Kassierer, der seit vielen Jahren den Dienst versieht, verständigte sofort die Kriminalpolizei, die kurz nach der Tat bereits mit ihren Ermittlungen einsetzte. Auf die Ergreifung der Täter hat sowohl der Pächter des Zoo wie der Polzeipräsident je 1000 Mark ausgesetzt, außerdem sind auf die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes 3000 Mark zugesagt. Die Summe, die den Räubern in die Hände fiel, besteht aus 100-, 50- und 10-Markscheinen und außerdem aus einigen Hundert Mark Silbergeld. Die Räuber hatten die Gelegenheit genau ausgekundschaftet und ihren Plan sehr gründlich vorbereitet. Sie stürzten sich auf den allein im Raum anwesenden Kassierer mit den Worten: „Seien Sie ruhig oder wir erschießen Sie" und eigneten sich dann in kürzester Zeit das Geld an. Die Täter sind dann in dem benachbarten Tiergarten entkommen.

In der gleichen Nacht statteten Einbrecher einem Seiden-Engros-Geschäft in der Leipziger Straße in Berlin einen Besuch ab und erbeuteten dabei Seidenstoffe im Werte von nicht weniger als 60 000 Mark. Mit dieser Beute, die zu den größten gehört, die in diesem Jahre Dieben in die Hände fiel, sind die Räuber unerkannt entkommen.

Aufsehenerregende Geständnisse im Meineidsprozeß Ohlerich-Mittendorf.

In dem Monstre-Meineidsprozeß gegen die Hausbesitzerin Ohlerich, die wegen Meineides und Verleitung einer ganzen Reihe von Zeugen in früheren Prozessen zum Meineid angeklagt ist, und der ebenfalls wegen Meineids angeklagten Frau Mittendorf, kam es am Schluß der heutigen Vormittagssitzung zu einem Zwischenfalle. Die belastete Frau Kiebach, die wegen ihrer schweren Erkrankung am Freitag in ihrer Wohnung vernommen worden war und ihre früheren Aussagen vor dem Schwurgericht III aufrechterhalten hatte, mußte heute zur Gegenüberstellung im Gerichtssaal erscheinen. Unter der Last des ihr vom Landgerichtsdirektor Dr. Schultze vorgehaltenen Beweismaterials brach sie schließlich im Gerichtssaal zusammen und legte unter Tränen das Geständnis ab, zwei Meineide zugunsten der Frau Ohlerich geschworen und außerdem mehrere falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben zu haben. Der Vorsitzende ließ eine Pause eintreten, in der er und zwei Rechtsanwälte sich umsonst bemühten, Frau Ohlerich zu einem Geständnis zu bewegen.

Vermißte Fischerboote.

Der Fischkutter G 421 der Scheveninger Reederei Jacob en Dull, der vor etwa zwei Monaten zum Fischfang an der englischen Nordseeküste in See gegangen war, und von dem man bisher nichts mehr gehört hat, wird jetzt endgültig als verloren betrachtet. Die Besatzung des Kutters bestand aus 12 Köpfen.

In Scheveningen befürchtet man, daß auch ein zweiter überfälliger Fischkutter mit einer Besatzung von 13 Mann während eines großen Sturmes Ende November an der englischen Küste auf der Höhe der Doggerbank mit Mann und Maus untergegangen ist.

Folgenschweres Autounglück.

In der Nähe von Bordeaux ereignete sich am Sonntag vormittag ein schwerer Unfall. Ein von einem Kaufmann gesteuertes Auto fuhr gegen einen Mast einer Hochspannungsleitung. Der Mast fiel um, stürzte auf den Wagen und tötete einen der Insassen, der gleichzeitig mit dem elektrischen Strom in Berührung kam. Aus der Umgebung eilten etwa 10 Personen zu Hilfe, um den Getöteten aus den Trümmern zu bergen. Dabei kamen zwei gleichfalls mit der Hochspannungsleitung in Berührung und wurden auf der Stelle getötet.

Drei Kinder mit Gas vergiftet.

Als die Eheleute Müller in der Lessingstraße in Berlin-Moabit in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 2 Uhr morgens von einem Vergnügen nach Hause kamen, fanden sie in der Küche ihrer Portierwohnung die drei Kinder mit Gas vergiftet auf. Der älteste Junge von sieben Jahren war noch am Leben, während ein dreijähriger Knabe und ein zweijähriges Mädchen bereits tot waren. Die Leitung des Gasherdes war undicht geworden.

Berlins Weihnachtsverkehr.

Der Silberne Sonntag stellte an die Verkehrsmittel der Reichshauptstadt außergewöhnliche Anforderungen, so daß alle verfügbaren Beförderungsmittel eingesetzt werden mußten, um die Menschenmenge befördern zu können. Mit der Straßenbahn fuhren rund 1¾ Millionen, mit der Hoch- und Untergrundbahn 560 000, mit den Autobussen 450 000. Die Stadt-, Ring- und Vorort-Bahn hat rund eine Million Menschen befördert.

Rätselhafter Tod eines jungen Mädchens.

Der geheimnisvolle Tod eines jungen Mädchens beschäftigt die Mordkommission des Berliner Polizeipräsidiums. Auf einem Polizeirevier erschien der 37 Jahre alte Ingenieur Dr. Rudolf Flügge und erzählte, daß soeben in seiner Wohnung das 22jährige Barmädchen Emmy Werner durch einen Unfall ums Leben gekommen sei. Flügge, der gestern abend den Besuch der Werner erhalten hatte, zeigte dieser verschiedene Raritäten, darunter auch Waffen und nach seiner Angabe habe sich, während er und die Werner einen Trommelrevolver besichtigten, den er in der Hand hielt, die Kugel gelöst und sei ihr in den Kopf gedrungen. Flügge wurde vorläufig in Haft genommen.

Ein Berliner Büro des Völkerbundes.

Im Januar wird in Berlin ein Völkerbundsbüro eröffnet werden, das der deutschen Abteilung des Nachrichtenamtes im Völkerbundssekretariat unterstellt wird. Unser Bild zeigt das Haus in der Hedemannstraße, in dem das Büro untergebracht ist.

Unaufgeklärter Todesfall.

In einem Lokal in Nowawes bei Potsdam saßen am Sonntag abend zwei junge Männer und ein Mädchen zusammen. Einer der jungen Leute hatte sich für kurze Zeit entfernt. Als er zurückkam, fand er seine beiden Begleiter anscheinend schlafend vor. Es stellte sich aber heraus, daß der Mann tot und das Mädchen bewußtlos war. Das Lokal wurde polizeilich geschlossen, weil die Möglichkeit einer Alkoholvergiftung besteht.

Zwei Verhaftungen in der Hamburger Bilderfälschungsangelegenheit.

In der Angelegenheit der Hamburger Bilderfälschungen bei der Bilder französischer Impressionisten von unbekannten Malern angefertigt und signiert worden waren, wurden heute vormittag die beiden Angeklagten Peitz und Cordes wegen Fluchtverdachtes und Verdunkelungsgefahr verhaftet.

Opfer der vereisten Straße.

Als am Sonntag die Deutsche Michelin A.-G. in Regensburg vor einer größeren Menschenmenge auf polizeilich abgesperrtem Platze eine neue Halbflachfelge vorführen wollte, geriet der Versuchswagen beim Nehmen einer Kurve infolge der Schlüpfrigkeit des Bodens ins Schleudern und fuhr in die Zuschauer hinein, wobei 11 Personen verletzt wurden.

Ministerpräsident Tanner

der Führer der finnländischen Sozialdemokratie, hat dem Staatspräsidenten seine Demission eingereicht. Die vom Kabinett Tanner eingebrachten Steuer- und Zollvorschläge erhielten im finnischen Reichstag nicht die notwendige Mehrheit. Genosse Vaino Tanner gehört zu den bekanntesten Politikern Finnlands; er war vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten Finanzminister.

Revisionsantrag im Prozeß Gansewig.

Der Gemüsehändler Hermann Gansewig aus Stendal, der vom Schwurgericht wegen Ermordung der Ehefrau zum Tode und wegen Totschlags an dem Sohne zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat gegen beide Urteile Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Ein Plagiat-Prozeß.

Der Münchener Okkultist Dr. Kemmerich, der Verfasser eines Buches „Die Brücke zum Jenseits", wurde von den Erben des Münchener Professors Gruber des Plagiats beschuldigt. Er soll Manuskripte Grubers, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, widerrechtlich, zum Teil im Wortlaut, in sein Buch übernommen haben. Durch eine einstweilige Verfügung des Gerichts wurde die Weiterverbreitung seines Werkes untersagt. Jetzt erging das Urteil in diesem Streit dahin, daß einige Seiten aus dem Buch ausgemerzt werden sollen. Im übrigen wurde die Benutzung der Gruberschen Manuskripte, besonders soweit sie schon veröffentlicht sind, freigegeben.

Brudermord.

Sonntag geriet in Ziegelanger bei Kronach (Nordbayern) der 25jährige Johann Engelhardt mit seiner Mutter in Streit. Als es zu Tätlichkeiten kam, ergriff der 23jährige Bruder Max einen Revolver und erschoß seinen älteren Bruder.

6000 Mark Lohngelder geraubt.

Freitag abend drangen in Engelskirchen bei Köln zwei maskierte Räuber in das Straßenbaubüro bei Hommerich ein, hielten die drei anwesenden Angestellten mit Revolvern in Schach und raubten eine Kassette mit 6000 Mark Lohngeldern. Die Räuber entkamen unerkannt.

Der verhängnisvolle Shawl.

Auf eine ähnliche Weise, wie die bekannte Tänzerin Isadora Duncan unlängst ums Leben gekommen ist, hätte beinahe ein Arbeiter in den Deutschen Stahl- und Walzwerken in Siegburg den Tod gefunden. Eine laufende Spindel erfaßte die beiden Enden eines Shawls, den er sich um den Hals gebunden hatte. Die Schlinge, die auf diese Weise entstanden war, zog sich mit unheimlicher Schnelligkeit enger und enger zusammen, so daß der Arbeiter in die Gefahr geriet, erdrosselt zu werden, und den sicheren Tod vor Augen sah. In letzter Sekunde zerschnitt ein zufällig vorübergehender Betriebsleiter mit seinem Taschenmesser die furchtbare Schlinge. Nach kurzer Zeit erholte sich der Arbeiter wieder, dem bereits die Luftzufuhr völlig abgeschnitten war.

Schwerer Autounfall.

Freitag abend ereignete sich bei Thiede in der Nähe von Wolfenbüttel ein schweres Automobilunglück. Der Wagen einer Braunschweiger Likörfabrik stieß mit dem von Braunschweig kommenden Automobil des Amtsrates Köster aus Gebhardshagen zusammen. Dabei wurde der erstere Wagen in den Straßengraben geschleudert. Der Reisende Kippelt aus Braunschweig war sofort tot. Eine Dame aus Braunschweig erlitt erhebliche Fleischwunden. Außerdem befand sich im Wagen noch die Frau eines Gastwirtes mit ihrem Kinde, die beide leichter verletzt wurden. Von den Insassen des anderen Wagens wurde Frau Amtsrat Köster im Gesicht verletzt und nach einer Klinik in Braunschweig gebracht. Beide Wagen wurden stark beschädigt.

Verhaftete Eisenbahndiebe.

Den Eisenbahnfahndungsbeamten beim Eisenbahnverkehrsamte Düren gelang die Festnahme einer sechsköpfigen Einbrecherbande, die schwere Einbruchsdiebstähle auf den Bahnhöfen Düren, Grevenbroich und Stolberg verübt und die geraubten Güter mittels eigenen Lieferwagens an ihre Hehler in Köln geschafft hatte. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere mit Zuchthaus Bestrafte, darunter auch der Dieb der seinerzeit die in der Kölner Eigelsteintorburg aufbewahrte vom Kölner Männergesangverein gewonnene Kaiserkette gestohlen hatte.

Das Defizit der Theaterausstellung.

Die Bilanz der Deutschen Theaterausstellung in Magdeburg weist ein Defizit von 691 300 Mark auf. Dazu kommen noch 582 000 Mark, um die die Kosten der Voranschläge für die Dauerbauten überschritten wurden. Insgesamt ist also ein Defizit von 1½ Millionen Mark zu verzeichnen.

Als Wilderer erschossen.

Im Forste Rothstein bei Liebenwerda wurde dieser Tage ein Wilderer von einem Förster erschossen, nachdem er den Beamten mit dem Gewehr bedroht hatte. Erst nach vier Tagen wurde der Erschossene erkannt. Es handelte sich um den Musikdirektor Richard Drechsler aus Kirchhain in Sachsen, der das Opfer seiner Jagdleidenschaft geworden ist.

Verhaftung eines rumänischen Defraudanten in Budapest.

Die Budapester Polizei verhaftete den Rittmeister des in Siebenbürgen stationierten 3. rumänischen Husaren-Regiments Todor Foresco, der sich unter falschem Namen in Budapest aufhielt und nach längerem Kreuzverhör angab, 10 Millionen Lei aus der Regimentskasse unterschlagen zu haben. Tatsächlich wurden bei ihm größere Mengen Geldes vorgefunden. Da von den rumänischen Behörden bisher keine Mitteilung über den angeblich geflüchteten Defraudanten eingetroffen ist, hält die Polizei es nicht für ausgeschlossen, daß Foresco zu Spionagezwecken nach Ungarn gekommen ist.

Bauunglück in Budapest.

Montag vormittag sind bei den Kanalisierungsarbeiten eines Budapester Neubaues fünf Arbeiter durch einstürzende Erdmassen verschüttet worden. Einer von ihnen konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während die vier anderen teilweise schwer verletzt wurden.

Französisches Flugzeug abgestürzt.

Unweit von Bad Schwalbach im Taunus stürzte am Montag vormittag ein französisches Flugzeug ab. Der Führer war auf der Stelle tot, der Begleiter hatte sich mit Hilfe eines Fallschirmes retten können, indem er rechtzeitig absprang.

Ehrung der „Formosa" in Marseille.

Der deutsche Dampfer „Formosa", der sich bei dem Untergang der „Prinzipessa Mafalda" um die Rettung der Schiffbrüchigen besonders bemüht hat, ist am Sonntag in Marseille eingetroffen. Kapitän und Mannschaft des deutschen Dampfers waren Gegenstand der höchsten Ehrungen durch die französische Marine-Gesellschaft.

Rückflug der Brasilien-Flieger.

Die beiden französischen Flieger Coste und le Brix, die vor einigen Wochen von Frankreich über Nordwestafrika nach dem nördlichen Brasilien und von dort nach Rio de Janeiro geflogen waren, haben am Montag von dort den Rückflug angetreten. Die erste Flugstrecke ging nach Santiago, von wo sie nach Frankreich fliegen wollen.

Rettung Schiffbrüchiger.

Sonntag wurden in Seattle 112 Passagiere des Dampfers „Northwestern" von der Alaska-Dampfschiffahrtsgesellschaft, der während eines Schneesturmes gestrandet war, gelandet.

Attentat auf einen Zug in Amerika.

Sonntag Nacht ist ein Zug in der Richtung Washington—Pittsburg in der Nähe von Guffy entgleist. Ein Eisenbahnbeamter wurde getötet, zwei andere verwundet. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß an zwei Schienen die Befestigungsschrauben entfernt waren.

Die Besatzung des Dampfers „Agawa" gerettet.

Die Besatzung des auf den Riffen der Insel Manitoulin im Huronsee zerschellten Dampfers „Agawa" wurde gerettet, nachdem sie 70 furchtbare Stunden bei einer entsetzlichen Kälte im Bug des Schiffes verbracht hatte.

Ein teurer Hund.

Ein reicher Grundbesitzer in Hollywood hatte vor einiger Zeit einen berühmten deutschen Schäferhund, der unter dem Namen „Peter der Große" in vielen Filmen mitgewirkt hatte, erschossen. Vom obersten Gerichtshof in Los Angeles wurde er jetzt zu 400 000 Mark als Ersatz des Wertes des Hundes und zu weiteren 100 000 Mark als Schadenersatz verurteilt.

Abgeschlagener Lynchversuch.

In Goldsborn im nordamerikanischen Staate Nord-Carolina kam es bei einer Gerichtsverhandlung gegen einen Neger zu großen Tumulten. Die Anklage gegen den Neger lautete auf Mord, begangen an der 15jährigen Tochter eines Farmers. Das Urteil lautete nach 16stündiger Verhandlung auf Todesstrafe. Bevor das Urteil verkündet wurde, unternahmen Angehörige der Ermordeten einen regelrechten Sturmangriff auf den Sitzungssaal, um den Angeklagten zu entführen und zu lynchen. Der Richter wollte sich zunächst mit einem Revolver zur Wehr setzen, sah sich aber in der Minderheit und mußte seine Waffe weglegen. Ehe die Menge den Neger ins Freie schleppen konnte, griff Militär ein, brachte den Gefangenen in Sicherheit und säuberte den Gerichtssaal.

Schiffbrüche im amerikanischen Seengebiet.

Man befürchtet, daß die 21 Mann zählende Besatzung des Dampfers Agawa untergegangen ist, als das Schiff auf den Riffen vor der Insel Manitoulin zerschellte. Vier andere Seedampfer erlitten während des in den letzten Tagen wütenden Sturmes ebenfalls Schiffbruch. Bisher ist aber keine Nachricht über weitere Verluste an Menschenleben eingegangen.

Rationalisierung und Löhne.

Vergleiche zwischen Amerika und Deutschland.

Die Rationalisierungsfrage hat in Zeitungen, Zeitschriften, Buchliteratur, Parlamenten, Versammlungen einen breiten Raum eingenommen, ohne daß man aber sagen könnte, daß die Diskussionen über dieses Problem erschöpft sei. Daß dem so ist, ist in erster Linie die Schuld derjenigen, die heute die deutsche Wirtschaft angeblich führen. Diese Kreise betrachten die Rationalisierung eben nicht als eine Angelegenheit des gesamten Volkes, sondern einseitig als eine Sache, um ihre Kapitalrente zu erhöhen.

Die heute in der Wirtschaft bestimmenden Kreise wollen nicht einsehen, daß Rationalisierung der Wirtschaft nicht nur bedeutet, Mehrung der Produktion pro Kopf der Wirtschaftstätigen, sondern auch Mehrung des Umsatzes pro Kopf der Wirtschaftstätigen. Eine Steigerung der Produktion pro Kopf ohne Mehrverbrauch pro Kopf bedeutet Erhöhung der Arbeitslosigkeit und diese wieder noch geringerer Verbrauch. Sollte daher die Rationalisierung, d. h. Erhöhung der Produktion pro Kopf, wirklich Erfolge zeitigen, so ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß neben der Verbesserung der Technik und Erhöhung der Produktion pro Kopf, eine Steigerung der Reallöhne und eine Senkung der Preise nebenhergeht.

Amerika, d. h. diejenigen Kräfte, die dort den Wirtschaftsgang mehr oder weniger bestimmen, haben sicher den Sinn der Rationalisierung besser erfaßt als die privilegierten Wirtschaftskräfte in Deutschland. Während in Amerika seit Jahren die Löhne steigen, die Preise fallen, sieht man in Deutschland das Gegenteil: Steigen der Preise in einem Verhältnis, daß der an sich schon zu niedrige Lohn nicht nachfolgen kann. Selbst das Institut für Konjunkturforschung stellt diese Preis- und Lohnbewegung fest. Schreibt dieses beobachtende Institut doch bereits Ende August: „Da die Preise aber stärker steigen, kann beim Reallohn demnächst leicht eine Senkung eintreten". Diese Senkung des Reallohnes ist inzwischen eingetreten, wie ein Blick in die Indexstatistik zeigt. Der Gesamtindex für Konsumgüter, der im August auf 162 stand, ist inzwischen bis Oktober auf 170 gestiegen und hat sich seit dieser Zeit weiter nach oben entwickelt. Unter solchen Verhältnissen muß in Deutschland die Rationalisierung geradezu das Gegenteil im Erfolg zeitigen, denn in Amerika, wenn es nicht noch gelingt, daß die Gewerkschaften durch ihre Kraft korrigierend in das Lohn- und Preisverhältnis eingreifen können. Doch die Kraft der Gewerkschaften ist eingeschränkt, denn auf die Preisgestaltung der Waren haben die Gewerkschaften leider zurzeit noch keinen Einfluß. Ausreichend können sie nur auf dem Lohngebiete wirken und auch hier zurzeit nur unter sehr erschwerenden Verhältnissen.

Wie in Amerika die Rationalisierung wirkt und welche Erfolge sie dort gezeitigt hat, zeigt besser als Worte die amtliche Statistik des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten über die Entwicklung der Löhne und Preise in den letzten 7 Jahren:

Jahr	Löhne	Preise
1913	100	100
1920	199	226
1921	205	117
1922	193	149
1923	211	151
1924	228	150
1925	238	159
1926	250	151

Hier sehen wir gewissermaßen die natürliche Entwicklung der Rationalisierung. Andauernde Senkung der Preise, andauerndes Steigen der Löhne, dadurch herbeigeführter Mehrverbrauch, der wieder belebend auf die Produktion wirkt.

Demgegenüber vergleiche man die Entwicklung in Deutschland. Hier ist die natürliche Auswirkung der Rationalisierung sowohl durch rückständigen Sinn der führenden Wirtschaftskreise wie durch die Gesetzgebung (Kartellgesetzgebung) direkt behindert. Einige Beispiele mögen dies ergänzen:

	Jahr	Lohn	Förderung
Hauer im Ruhrbergbau	1914	6,68	1845 Klgr.
	1926	6,47	2450 „

In der Papierindustrie sind noch Löhne von 65 bis 70 Pf. pro Stunde. Die chemische Industrie zahlt für Erwachsene Betriebsarbeiter ganze 70,5 bis 72,5 Pf. pro Stunde, und die Arbeiterinnen erhalten durchschnittlich nur 47 Pf. Stundenlohn. Die schwer verdienende Zementindustrie in Schlesien gibt den Vollarbeitern 53 bis 56 Pf. für die Stunde. Die Berliner Metallindustrie zahlt folgende Nettowochenlöhne bei 48stündiger Arbeitszeit aus: Für Dreher 48,20 Mark, für Werkzeugmacher 50,50 Mark, für Schlosser 51,60 Mark, für Schmiede 43,15 Mark.

Die durchschnittlichen Tariflöhne in 14 Textilorten betrugen am 1. Juli 1927 für gelernte männliche Textilarbeiter ganze 66,9 Pf., für gelernte weibliche Arbeiter nur 52,6 Pf. pro Stunde. Daß bei solcher Lohnabwicklung die natürlichen Tendenzen, die in jeder Rationalisierung stecken, sich nicht auswirken, bedarf nach diesen Zahlen keiner weiteren Begründung.

Einer Begründung der von den Gewerkschaften in nächster Zeit zu stellenden Lohnforderungen bedarf es nach diesen Gegenüberstellungen amerikanischer und deutscher Lohn- und Preis-Entwicklung ebenfalls nicht. Die Lohnkämpfe sind zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden. Und nur, wenn diese Lohnkämpfe einen vollen Erfolg für die Arbeiterschaft zeitigen, ist zu hoffen, daß dann, wie in Amerika, die in der Rationalisierung steckenden, im Interesse der Gesamtvolkswirtschaft liegenden natürlichen Tendenzen der Lohnerhöhung und Preissenkung voll zur Auswirkung kommen.

Stillegungsanträge in der oberschlesischen Eisenindustrie.

Beuthen, 13. Dezember. (Eig. Funkbericht.)

Eine ganze Reihe oberschlesischer Eisenwerke hat dieser Tage im Zusammenhang mit den Ereignissen im westfälischen Industriegebiet bei dem Regierungspräsidenten in Oppeln Anträge auf Stillegung ihrer Betriebe eingereicht. Es handelt sich dabei u. a. um die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke und das Borsig-Werk. Eine Entscheidung über die Anträge soll am kommenden Donnerstag erfolgen.

Streikbeschluß der niederschlesischen Bergarbeiter.

In einer Revierkonferenz der am Tarifvertrag für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften wurde Bericht erstattet über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen in der Lohnfrage. Die Gewerkschaften hatten dem Arbeitgeberverband folgende Forderungen unterbreitet: 1. Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne; 2. Erhöhung der Effektivlöhne um 80 Pf. je Schicht; 3. Erhöhung des Mindestlohnes. Die Arbeitgeber erklärten sich jedoch nur bereit, den bisherigen Tariflohn der Gedingehauer von 5,50 Mark auf 6,50 Mark und den Effektivlohn auf 6,80 Mark festzusetzen. Für die Zimmerhauer den Tariflohn von 4,85 Mark auf 5,40 Mark, den Effektivlohn auf 6,17 Mark, für die Handwerker den Tariflohn von 4,80 Mark auf 5,20 Mark, den Effektivlohn auf 5,59 Mark. Nach diesem Angebot bliebe für die Gedingehauer noch eine Lohnspanne von 60 Pf. bestehen, für die Zimmerhauer eine solche von 77 Pf. und für die Handwerker von 39 Pf. Damit noch nicht genug, war das Angebot der Unternehmer für die Neuroder Gruben noch weit ungünstiger, so daß zum Beispiel auf der Wenceslaus-Grube der Tariflohn eines Zimmerhauers um 15 Pf. und der eines Handwerkers um 10 Pf. je Schicht herabgesetzt hätte werden müssen.

Die Forderung der Arbeitnehmervertreter, die Effektivlöhne um 80 Pf. je Schicht zu erhöhen, lehnten die Arbeitgeber rundweg ab.

Gegen das Angebot der Arbeitgeber wurde mit 224 gegen 2 Stimmen eine Entschließung angenommen. Darin heißt es:

„Die am Sonntag, den 11. Dezember 1927 tagende Revierkonferenz der am Tarifvertrag für den Niederschlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften lehnt das von den Arbeitgebern in der Lohnfrage gemachte Angebot als vollkommen ungenügend ab.

Das Angebot der Arbeitgeber beachtet die von der Funktionärkonferenz am 13. November 1927 aufgestellten Forderungen überhaupt nicht. Die Konferenz forderte:

1. Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne;
2. eine Lohnerhöhung von je Schicht 80 Pf.

Das Angebot der Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen in der ersten Forderung kommt aber bei weitem in seiner Höhe noch längst nicht an die schon jetzt gezahlten Löhne, die Arbeitgeber lehnen zudem in der zweiten Forderung jede allgemeine Erhöhung der Löhne ab.

Dieses Verhalten der Arbeitgeber ist unverständlich, um so unverständlicher aber ist es, wenn man die große Not der niederschlesischen Bergarbeiter und ihrer Familien sieht.

Einen großen Teil Schuld an diesen ärmlichen Verhältnissen der Familien im Waldenburg-Neuroder Bergbau trägt aber auch das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Das erste nahm den Bergarbeitern Niederschlesiens die durch den Schlichter bereits zugesprochene Lohnerhöhung von 6 Prozent, indem der Reichsarbeitsminister nicht den Mut fand, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Das letztere Ministerium ist es, das aus den immer bekannten wirtschaftlichen Erkenntnissen sich gegen fast jede Lohnerhöhung im Bergbau wendet.

Wenn unter den Umständen die niederschlesischen Bergarbeiter zur Verzweiflung getrieben werden, so fällt die ganze Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen auf die Arbeitgeber und den Reichsarbeitsminister. Die Konferenz fordert nunmehr die endgültige Regelung der Lohnfrage auf Grund der gestellten Forderungen bis Dienstag, den 20. Dezember 1927. Sie ist sich der Folgen und der Verantwortung aus dieser Forderung voll bewußt. Wenn sie die Regelung in dieser Form dennoch erhebt, so zeigt das den Ernst der Situation.

Die Konferenz fordert die Belegschaft auf, in den im Laufe dieser Woche stattfindenden Belegschaftsversammlungen sich dem Beschluß der heutigen Konferenz anzuschließen und sich auf den Kampf einzustellen.

Damit sind im niederschlesischen Bergbau die Würfel gefallen. Ob es noch zu einer Einigung kommen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist der Beschluß der Bergarbeiterschaft bei der geradezu unmenschlichen Entlohnung verständlich. Für die Auswirkungen des Konflikts hat jetzt das Reichsarbeitsministerium die Verantwortung zu tragen.

Die Eisenverhandlungen.

Wie der Börsenkurier aus Bochum meldet, wurde von Arbeitgeberseite an den von der Regierung bestellten Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jütten der Antrag gestellt, bei den am Dienstag in Düsseldorf stattfindenden Schlichtungsverhandlungen zwei Gutachter und zwar die Herrren Sussat und van der Oppen vom Reichsstatistischem Amt des Reichswirtschaftsministeriums hinzuzuziehen. Diese beiden Sachverständigen haben im vergangenen Sommer Gutachten über die Wirtschaftlichkeit der Werke erstattet. Der Schlichter hat diesem Antrage stattgegeben. Auf gewerkschaftlicher Seite nimmt man an, daß durch die Hinzuziehung der Gutachter die Schlichtungsverhandlungen einen mehrtägigen Verlauf nehmen werden.

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet beendet.

Saarbrücken, 12. Dezember. Die gestrige Eisenbahnerversammlung hat dem Vorschlag der Funktionäre zugestimmt, und den Vorschlag der Eisenbahndirektion angenommen, nach dem die Arbeit heute wieder aufgenommen werden soll, worauf dann über eine Wirtschaftsbeihilfe Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Die Forderung der Arbeiter auf eine Stundenzulage von 34 Zt. ist zurückgestellt worden, dagegen hat die Regierung eine solche von 16 Zt. bewilligt.

Das Weserschiffahrtspersonal kündigt den Lohntarif.

Dortmund, 13. Dezember. (Eig. Funkbericht.) Das Dock- und Maschinenpersonal der Weserschiffahrt, organisiert im Deutschen Verkehrsbund und im Zentralverband der Maschinisten und Heizer, hat ihren Lohntarif gekündigt. Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne sind noch nicht angesetzt. Die Weserfahrzeuge verkehren nicht nur mit der Weserschiffahrt, sondern auch in westdeutschen Kanälen, vornehmlich im Abtransport von Kohle aus dem Ruhrgebiet nach den Weserhäfen und Emden. Zeitweilig fahren die Kähne auch auf dem Rhein.

Die Löhne auf dem staatlichen Kohlenbergwerk Ibbenbüren.

In einer kleinen Anfrage eines Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne auf dem staatlichen Kohlenbergwerk Ibbenbüren trotz offenbarer Rentabilität auffallend niedrig seien. Demgegenüber stellt der Preußische Handelsminister in seiner Antwort dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge fest, daß das Werk gegenwärtig nicht einmal seine Abschreibungen verdient, durch zweckentsprechende Umbauten aber zu einer gesunden Wirtschaftsgrundlage zu kommen hofft. Die Löhne wurden zuletzt am 1. Juni d. J. neu festgesetzt, und zwar wurden die Schichtlöhne der über 21 Jahre alten Arbeiter im Durchschnitt um 35 Pf. und der unter 21 Jahre alten Arbeiter im Durchschnitt um 25 Pf. erhöht. Etwa vorhandene höhere Löhne sollten bestehen bleiben. Das Abkommen hat noch bis zum 31. März 1928 Geltung; jedoch beabsichtigt die Preussag, schon jetzt im Interesse der Belegschaft in eine Nachprüfung etwa vorhandener Härten in den Lohnverhältnissen einzutreten.

Wir bitten um Nachprüfung.

Uns wird geschrieben:

Im Bereich des Wasserbauamts Breslau sind Arbeiter entlassen mit der Begründung, daß die vorhandenen Geldmittel verbraucht sind. Der Wasserbau-Obersekretär Kemper beschäftigt als Büroarbeiter längere Zeit neun Arbeiter in seinem Büro, obgleich etatsmäßig hierzu keine Berechtigung vorliegt. Weiterhin hat die Oeffentlichkeit ein großes Interesse daran, zu erfahren, ob dem Wasserbau-Obersekretär dienstlich eine Radioanlage in seiner Privatwohnung angelegt wurde und die hierzu benötigte Arbeitskraft (ein Arbeiter fast eine Woche) vom Reich besoldet wurde. Wird der vom Wasserbau-Obersekretär Kemper zur persönlichen Bedienung herangezogene Arbeiter vom Reich oder von dem Wasserbau-Obersekretär entlohnt?

Es ist Nachprüfung erforderlich, damit nicht Reichsgelder von einzelnen Beamten persönlich verwandt, sowie eine größere Zahl Arbeiter zur persönlichen Arbeitserleichterung eines Beamten, zu der keine Berechtigung vorliegt, benutzt werden.

Wirtschaft.

Der Weltwarenmarkt.

Wie die Kartelle Preise stabilisieren.

Die Preise auf dem Kupfermarkt (Elektrokupfer) ist in kurzer Zeit um ungefähr 15 bis 18 Prozent gestiegen. Die Erhöhung ist das Werk des Kupferkartells. Die amerikanischen Großerzeuger von Elektrokupfer haben planmäßig die englischen Kupfervorräte aufgekauft. Damit wurde ein Druck, gewissermaßen eine Konkurrenz, ausgeschaltet, die den Kupferpreis lange Zeit verhältnismäßig niedrig gehalten hat. Durch Beseitigung der englischen Kupferläger wurde der Weg für die Preissteigerung frei. Das Kupferkartell hat nun, wie jedes andere Kartell, seine Maßnahmen und überhaupt seine ganze Existenz immer mit der Notwendigkeit begründet, die Preise stabil zu halten. Jetzt aber, wo man „Blut gerochen" hat, denkt man im Kupferkartell gar nicht daran, das verkündigte Programm stetiger Preise wahr zu machen; vielmehr bringt jeder zweite Tag eine neue Preissteigerung. Dabei weist man immer wieder darauf hin, daß die den Agenturen zur Verfügung gestellten Mengen beschränkt seien. Dadurch reizt man die Nachfrage an, woraus sich selbstverständlich ganz von selbst neue Preissteigerungen ergeben.

Wie lange das Kupferkartell seine Politik durchzuhalten vermag, kann man heute sehr schlecht entscheiden. Nach den statistischen Angaben der letzten Zeit hat sich allerdings in Amerika das Verhältnis des Kupferangebots zur Nachfrage zugunsten der Produzenten verändert. Die statistischen Angaben sind aber für die Dauer nicht entscheidend; es kommt vielmehr darauf an, ob die Kupfermengen, die in den letzten Wochen als Angebot aus der Statistik ausscheiden, wirklich verbraucht worden sind oder nicht. Es wäre nicht das erstemal, daß sich bei lebhaften Märkten große Kupferbestände beim Zwischenhandel ansammeln und in der sogenannten zweiten Hand anbauen, die dann urplötzlich auf den Markt kommen, diesen verstimmen und die Kauflust erdrosseln. Vorläufig scheint es allerdings noch nicht soweit zu sein. Die Anregungen in der verarbeitenden Industrie steigern vielmehr immer noch die Nachfrage.

Das bessere Geschäft im Kupfer macht sich auch auf den anderen Metallmärkten bemerkbar, wenn es auch auf ihnen nicht zu so erheblichen Preissteigerungen und zu so großen Umsätzen gekommen ist wie auf dem Kupfermarkt. Verhältnismäßig am ruhigsten ist eigenartigerweise das Zinngeschäft, in dem sich sonst die Spekulation am meisten austobt. Diese auffallende Erscheinung dürfte darin begründet sein, daß diesem teuersten Nicht-Edelmetall ein Absatzgebiet nach dem anderen streitig gemacht wird. Das Aluminium hat nämlich bereits seit langem das sogenannte Silberpapier oder Stanniol (Folie) fast völlig verdrängt; jetzt ist es soweit, daß auch in der Herstellung von Konservenbüchsen (Weißblech) das Aluminium immer mehr und mehr an die Stelle von Zinn tritt.

Auf den Getreidemärkten geht der Kampf um den Preis weiter. Die Ernte auf der nördlichen Halbkugel ist ausreichend, in ihrer Qualität aber schlecht. Angesichts dieser Entwickelung mußten die Preise fallen. Die Hauptgetreideexporteure, die Nordamerikaner und die Kanadier, haben aber so ziemlich jedes Mittel versucht, um diesen Preissturz aufzuhalten; vor allen Dingen haben sie sich nach besten Kräften bemüht, die jetzige fällige Ernte der südlichen Halbkugel so schlecht als möglich zu machen. Soweit die australische Ernte in Frage kommt, stellen die nordamerikanischen und die kanadischen Konkurrenten die Lage ziemlich richtig dar. Die Ernte in Australien ist wirklich unbefriedigend ausgefallen. Ueberdies wird der in den Häfen Australiens ausgebrochene Hafenarbeiterstreik fürs erste die Getreideverladungen vermindern. Damit scheidet der australische Wettbewerb auf dem Weltmarkt bis zu einem gewissen Grade aus. Dafür wird aber der Wettbewerb Argentiniens umso gefährlicher sein. Die argentinische Ernte ist ungewöhnlich früh herangereift, scheint qualitativ sehr gut und größer ausgefallen zu sein als je. Obwohl die Versuche der nordamerikanischen und kanadischen Konkurrenten, die Getreidepreise spekulativ zu steigern, bis in die letzten Tage hinein nicht aufgehört haben, kam es doch unter dem Eindruck des Ernteausfalles in Argentinien zu einem Rückgang der Preise. Die Lage ist gegenwärtig so, daß sich große Sendungen kanadischen Getreides unterwegs, auf dem Meer, befinden, die noch unverkauft sind. Für den kanadischen Getreide-Pool hängt also von der Getreidepreisbildung in den nächsten Tagen sozusagen alles ab. Die letzte Entscheidung über den Weizenpreis liegt aber bei Südamerika. Wenn südamerikanisches Getreide, was allerdings selten, aber durchaus möglich ist, in der ersten Hälfte des Monats Dezember zur Verladung kommt und angeboten wird, so ist das Spiel für den kanadischen Pool verloren; dann dürfte es ihm nicht möglich sein, einen höheren Preis zu erzwingen.

Große Gewinne des Spritkonzerns.

Nach allem, was man über den Geschäftsgang im Spritkonzern während des letzten Jahres gehört hat, war mit einer Steigerung der Gewinne gegenüber den Vorjahren zu rechnen. Die am Sonnabend veröffentlichten Abschlüsse übertreffen aber selbst die kühnsten Erwartungen. Dabei hat sich der Bierabsatz keineswegs entsprechend dem wirtschaftlichen Aufschwung und der sinkenden Arbeitslosenziffern gesteigert. Auch Schultheiß-Patzenhofer und die Ostwerke geben zu, daß die im Januar 1927 in Kraft getretene Bierpreiserhöhung den Bierverbrauch stark unter Druck hält. Die Profitquote ist aber so hoch, daß die im Spritkonzern vereinigten Gesellschaften mit Hilfe eines nur wenig vergrößerten Umsatzes ihren Gewinn in stärkstem Ausmaß steigern konnten, wie folgende Angaben in den Geschäftsberichten beweisen:

Die Schultheiß-Patzenhofer A.-G., die auch die Kahlbaum-Gesellschaft in sich einschließt, gibt ihren Bruttogewinn mit 70 Millionen Mark und ihren Reingewinn mit 8,7 Millionen Mark an. Anhaltspunkte für die wirkliche Gewinnentwicklung sind diese Zahlen nicht, da sich die buchmäßigen Gewinne ja erst aus der Verrechnung in der Interessengemeinschaft mit den Ostwerken ergeben. Was in Wirklichkeit verdient worden ist, ersieht man jedoch aus der im letzten Jahre vorgenommenen Ausdehnung des Berliner Großkonzerns. Es wurden unter anderem wertvolle Beteiligungen der Berliner Brauerei Julius Bötzow und der Breslauer Aktien-Malz-Fabrik erworben. Der Grundbesitz hat einen ganz bedeutenden Zuwachs erfahren und zwar kommen hier Grundstücke in Frage, deren Wert weit in die Millionen geht. In Maschinen und Geräten wurden allein 4,[illegible] Millionen Mark neu investiert. Die Abschreibungen haben sich um 1,44 Millionen auf 5,96 Millionen Mark erhöht. Anscheinend hat man wieder einmal, wie in den beiden Vorjahren, umfangreiche Neuanlagen über das Unkosten-Konto finanziert. Die Dividende beträgt bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. 15 Prozent.

Die Ostwerke, die ihren Reingewinn mit 3,13 Millionen Mark angeben, werden 12 Prozent ausschütten. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, wirken sich die im Laufe des letzten Jahres in der Hefe- und Mühlenindustrie vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen äußerst günstig aus. Die Zement-, Landmaschinen- und Glasindustrie erzielten gesteigerte Umsätze.

Angesichts dieser glänzenden finanziellen Entwicklung muß daran erinnert werden, daß die Braugewaltigen es im Laufe des Jahres 1927 in Berlin und anderen deutschen Städten, wo der Spritkonzern entscheidenden Einfluß hat, zu großen Streiks wegen bescheidener Lohnforderungen der Brauereiarbeiter kommen ließen, weil ihre Lohnforderungen angeblich die Rentabilität der Betriebe bedrohten.